

Sonja Häder

Von der „demokratischen Schulreform“ zur Stalinisierung
des Bildungswesens – der 17. Juni 1953 in Schulen und
Schulverwaltung Ost-Berlins

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1005>

Reprint von:

Sonja Häder, Von der „demokratischen Schulreform“ zur Stalinisierung des Bildungswesens – der 17. Juni 1953 in Schulen und Schulverwaltung Ost-Berlins, in: Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, herausgegeben von Jürgen Kocka, Akademie Berlin, 1993 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 1), ISBN 3-05-002463-1, S. 191-213

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Sonja Häder (1993), Von der „demokratischen Schulreform“ zur Stalinisierung des Bildungswesens – der 17. Juni 1953 in Schulen und Schulverwaltung Ost-Berlins, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zf.dok.1.1005>

Ursprünglich erschienen als: Sonja Häder, Von der „demokratischen Schulreform“ zur Stalinisierung des Bildungswesens – der 17. Juni 1953 in Schulen und Schulverwaltung Ost-Berlins, in: Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, herausgegeben von Jürgen Kocka, Akademie Berlin, 1993 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 1), ISBN 3-05-002463-1, S. 191-213

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Forschungsschwerpunkt
Zeithistorische Studien Potsdam

Band 1

Historische DDR-Forschung

Aufsätze und Studien

Herausgegeben von
Jürgen Kocka



Akademie Verlag

ZZF 1532 (H B B) ZZF
Förderungsgesellschaft
Wissenschaftliche Neuvertrieben mbH
Forschungsschwerpunkt
Zeithistorische Studien
Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Historische DDR-Forschung: Aufsätze und Studien / hrsg. von
Jürgen Kocka. – Berlin: Akad. Verl., 1993

(Zeithistorische Studien; Bd. 1)

ISBN 3-05-002463-1

NE: Kocka, Jürgen [Hrsg.]; GT

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 1993

Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der VCH Verlagsgruppe.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprache, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

All rights reserved (including those of translation into other languages). No part of this book may be reproduced in any form – by photoprinting, microfilm, or any other means – nor transmitted or translated into a machine language without written permission from the publishers.

Druck: DH Thamhayn, Gräfenhainichen

Bindung: Druckerei zu Altenburg GmbH, Altenburg

Printed in the Federal Republic of Germany

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	7
JÜRGEN KOCKA Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem. Einleitung	9
JOCHEN LAUFER Auf dem Wege zur staatlichen Verselbständigung der SBZ. Neue Quellen zur Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten 1947	27
MONIKA KAISER Die Zentrale der Diktatur – organisatorische Weichenstellungen, Strukturen und Kompetenzen der SED-Führung in der SBZ/DDR 1946 bis 1952	57
JOACHIM PETZOLD Die Entnazifizierung der sächsischen Lehrerschaft 1945	87
OLAF GROEHLER Integration und Ausgrenzung von NS-Opfern. Zur Anerkennungs- und Entschädigungsdebatte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 bis 1949	105
JÜRGEN DANYEL Die geteilte Vergangenheit. Gesellschaftliche Ausgangslagen und politische Dispositionen für den Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten nach 1949	129
MARIO KESSLER Zwischen Repression und Toleranz. Die SED-Politik und die Juden (1949 bis 1967)	149
LEONORE ANSORG „Für Frieden und Sozialismus – seid bereit!“ Zur politischen Instrumentalisierung der Jungen Pioniere von Beginn ihrer Gründung bis Ende der 1950er Jahre	169
SONJA HÄDER Von der „demokratischen Schulreform“ zur Stalinisierung des Bildungswesens – der 17. Juni 1953 in Schulen und Schulverwaltung Ost-Berlins	191

PETER HÜBNER

„Wir wollen keine Diktatur mehr ...“ Aspekte des Diktaturenvergleichs am Beispiel einer Sozialgeschichte der Niederlausitzer Industriearbeiterschaft 1936 bis 1965 . . . 215

NIKOLA KNOTH

Umwelt. Auf den Spuren einer Erfahrung im sozialistischen Revier 233

PETRA CLEMENS

Die „Letzten“. Arbeits- und Berufserfahrungen einer Generation Niederlausitzer Textilarbeiterinnen 245

JÖRG ROESLER

Einholen wollen und Aufholen müssen. Zum Innovationsverlauf bei numerischen Steuerungen im Werkzeugmaschinenbau der DDR vor dem Hintergrund der bundesrepublikanischen Entwicklung 263

BURGHARD CIESLA

Das „Project Paperclip“ – deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in den USA (1946 bis 1952) 287

○ SIEGFRIED LOKATIS

Verlagspolitik zwischen Plan und Zensur. Das „Amt für Literatur und Verlagswesen“ oder die schwere Geburt des Literaturapparates der DDR 303

SIMONE BARCK

Das Dekadenz-Verdikt. Zur Konjunktur eines kulturpolitischen „Kampfkonzpts“ Ende der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre 327

MARTINA LANGERMANN

✓ Zur Geschichte der Edition und Adaption Franz Kafkas in der DDR (1962 bis 1966) 345

MICHAEL LEMKE

Eine neue Konzeption? Die SED im Umgang mit der SPD 1956 bis 1960 361

Personenregister 379

Autorenverzeichnis 383

Abkürzungsverzeichnis

AAP/RF	Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Moskau
ABK	Starkstrom-Anlagenbaubetrieb Karl-Marx-Stadt
AdSD, FES	Archiv der Sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
ALV	Amt für Literatur und Verlagswesen
APZ	Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“
Archiv des IVVdN	Archiv des Interessenverbandes ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand
ArchStBB	Archiv des Statistischen Bundesamtes, Zweigstelle Berlin
BA	Bundesarchiv Koblenz
BA, Abt. Potsdam	Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam
BAFB	Air Force Historical Office, Bolling Air Force Base/Washington, D.C.
BArchN	Betriebsarchiv NILES Werkzeugmaschinen GmbH, Berlin
BArchNCh	Betriebsarchiv der Numerik GmbH, Chemnitz
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam
BMusN	Betriebsmuseum der Numerik GmbH, Chemnitz
BPA	Bezirksparteiarchiv
BRABAG	Braunkohle- und Benzin AG
BUST-ZA	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik-Zentralarchiv
BZ	Berliner Zeitung
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
DA	Deutschland-Archiv
DIPF.BBF/Archiv	Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung. Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung/Archiv. Bestand der früheren Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR
APWA	
DVdI	Deutsche Verwaltung des Innern
DVK	Druckerei- und Verlags-Kontor
DVV	Deutsche Verwaltung für Volksbildung

DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
Ev. Zentralarchiv	Archiv Evangelische Kirche der Union und Bund Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FSP	Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien, Potsdam
Gbl	Gesetzblatt der DDR
GG	Geschichte und Gesellschaft
HZ	Historische Zeitschrift
IRSH	International Review of Social History
IWK	Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
JA IZJ POA	Jugendarchiv, Institut für Zeitgeschichtliche Jugendforschung Berlin, Pionierorganisation Archiv
JbWG	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
JLOA	Joint Intelligence Objectives Agency
LAB	Landesarchiv Berlin
LAdK	Literaturarchive der Akademie der Künste (Ost)
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LKG	Leipziger Kommissions- und Großbuchhandel
MAFB	Air Force Historical Agency, Maxwell Air Force Base/Alabama
Mdi	Ministerium des Innern
MfV	Ministerium für Volksbildung
MWT	Ministerium für Wissenschaft und Technik
NARA	National Archives and Record Administration/Washington, D.C.
ND	Neues Deutschland
NDL	Neue Deutsche Literatur
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NÖS	Neues Ökonomisches System
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
OdF	Opfer des Faschismus
ÖSS	Ökonomisches System des Sozialismus
PB	Politbüro des ZK der SED
PKK	Parteikontrollkommission
PRO London	Public Record Office London
SAPMO-BArch, ZPA	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SMAD	Sowjetische Militäradministration
SPK	Staatliche Plankommission
USAF	United States Air Force
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VSWG	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission
ZS	Zentralsekretariat des Parteivorstandes der SED

SONJA HÄDER

Von der „demokratischen Schulreform“ zur Stalinisierung des Bildungswesens – der 17. Juni 1953 in Schulen und Schulverwaltung Ost-Berlins

Im Juni 1953 gipfelte in der DDR krisenhaft eine Entwicklung, die 1947/48 damit begonnen hatte, daß die SED sich zunehmend als führende Kraft definierte und gleichzeitig die auf Zentralisierung abzielende Reorganisation der Verwaltungsstrukturen einleitete. Hinter diesem „parti- und verwaltungspolitischen Wandel“¹, der zu einer Konzentration von Entscheidungsbefugnissen bei der SED und zu einem streng zentralistisch organisierten Staats- und Verwaltungsapparat führte, verbarg sich der machtpolitische Anspruch der SED, die gesamte gesellschaftliche Entwicklung zu bestimmen. Die SED legte damit bereits vor Gründung der DDR die ersten Bausteine, auf denen in den folgenden Jahren das Fundament der Diktatur errichtet werden konnte.

Der nachfolgende Aufsatz, Zwischenergebnis eines größeren Forschungsprojektes (vgl. Anm. 4), zeichnet zunächst die Grundlinien dieses Prozesses – hier als Stalinisierung bezeichnet² – auf bildungspolitischem Gebiet nach. Da in den Jahren 1947 bis 1949 von der SED-Führung auch eine grundlegende konzeptionelle und strukturelle Akzentverschiebung im Erziehungssystem durchgesetzt wurde, wird dieser Phase im ersten Abschnitt besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei soll verdeutlicht werden, daß die SED-Führung den Schulen bei der Erziehung eines systemkonformen Nachwuchses und damit bei der Verwirklichung ihres Herrschaftsanspruches eine große Bedeutung beimaß. Mit dem parteipolitischen Wandel der SED begann in der SBZ zugleich die Instrumentalisierung der Bildungsinhalte und der Institution Schule unter dem Diktat der Partei. Insgesamt ging es in den beiden Jahren vor der Gründung der DDR in erster Linie um das Zurückdrängen von schulkonzeptionellen Alternativen und, mit deutlich antidemokratischer Zielrichtung, um das Durchsetzen des Führungsanspruchs der SED im Bildungsbereich.

¹ D. Staritz, Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, München 1984, S. 131.

² Das gesellschaftliche und politische System der DDR wird als kommunistische Diktatur verstanden. Kommunistische Diktaturen repräsentieren eine spezifische Variante moderner Diktaturen. Diese übergreifende Perspektive bezieht sich auf die gesamte, vierzig Jahre umfassende Durchsetzung der SED-Herrschaft. Darüber hinaus ist es sinnvoll, einzelne Perioden dieser Herrschaft zu unterscheiden und begrifflich auch als solche hervorzuheben. Wenn hier von Stalinisierung gesprochen wird, werden darunter die gesellschaftlichen Transformationen während der stalinistischen Phase der SED-Diktatur (1947/48–1956) gefaßt, in der die Grundlagen der Einparteierrschaft gelegt und verfestigt wurden.

Die nächste wichtige Etappe in der Entwicklung der nunmehr von der Staatspartei beherrschten Schulpolitik leitete die II. Parteikonferenz im Juli 1952 mit der Verkündung des „Aufbaus des Sozialismus“ ein. Sowohl die konsequent betriebene Ideologisierung als auch die fortgesetzte Umstrukturierung des Schulsystems nach sowjetischem Muster charakterisierten diese Phase, die im zweiten Teil des Aufsatzes im Mittelpunkt steht. Mit der II. Parteikonferenz begann zugleich die Vorgeschichte der Erhebung im Juni 1953. Die bildungspolitischen Beschlüsse nach dem Juli 1952, vor allem jedoch die Überprüfungen und „Säuberungen“ an den Schulen und die nach dem sowjetischen Vorbild geplante Reorganisation der Schulen im Frühjahr 1953 führten zu einem Stalinisierungsschub im Bildungswesen. Noch bevor diese Entwicklung jedoch ihren Kulminationspunkt erreichte – d. h. bevor die gefaßten Beschlüsse vollständig in die Tat umgesetzt werden konnten – brach die Krise aus.

Die von der UdSSR nach Stalins Tod im März eingeleiteten Kursänderungen veranlaßten die neue Sowjetführung, auch die SED zur Zurücknahme von „Überspitzungen des sozialistischen Aufbaus“ zu bewegen.³ Die halbherzigen Zugeständnisse des daraufhin eingeleiteten „Neuen Kurses“ konnten die Interessenkonflikte zwischen den Herrschenden und der Bevölkerung allerdings nicht mehr überdecken, so daß auch die Protestbewegung des 17. Juni 1953 nicht aufgehalten werden konnte. Sowohl im zweiten als auch im dritten Teil des Aufsatzes werden Ergebnisse vorgestellt, die facettenartig die Vorgeschichte und den Ablauf der Ereignisse aus der Perspektive des Volksbildungsministeriums und, am regionalen Beispiel, der Ost-Berliner Schulverwaltung und Schulen dokumentieren. Zugeschritten auf das Umfeld des 17. Juni 1953 interessiert eine-seits die Frage, welche Funktionen den Schulen in der SED-Diktatur von den Herrschenden zugewiesen worden waren und wie parteipolitische Wandlungen jeweils in der Bildungspolitik nachvollzogen wurden. Andererseits wird nach der Erziehungs- und Sozialisationspraxis, nach den Ereignissen in den Schulen und den Haltungen der Lehrer gefragt, um auch auf die Möglichkeiten und Grenzen der Umsetzung bildungspolitischer Intentionen hinzuweisen.⁴

Zum Beginn der Stalinisierung des Bildungswesens in der Sowjetischen Besatzungszone

Zu Recht kann man sagen, daß mit dem Herbst 1947 eine „gesellschafts- und schulpolitische Tendenzwende“ in der SBZ begonnen hatte.⁵ Die SED sah sich seit ihrem 2. Parteitag

³ H. Weber, DDR: Grundriß der Geschichte, Hannover 1991, S. 47.

⁴ Die in diesem Aufsatz vorgestellten Ergebnisse wurden im Rahmen des Projektes „Sozialisation unter den Bedingungen der Diktatur – Kindheit im Ost-Berlin der 50er Jahre“ gewonnen, das von der Autorin bearbeitet wird. Auf dem Hintergrund allgemeiner gesellschaftlicher Rahmenbedingungen interessieren in diesem Projekt besonders die sozialisatorischen Möglichkeiten und Grenzen von Schule und Familie unter den Bedingungen einer modernen Diktatur. Zugleich wird nach den wechselseitigen Verknüpfungen und der relativen Autonomie der jeweiligen Sozialisationsinstanzen gefragt. Die angestrebte Kombination von Archivrecherchen und Interviews mit Zeitzeugen soll den Forschungsansatz dahingehend unterstützen, wie es P. Erker unlängst formulierte, „von der Analyse der Sozialisationsinstanzen“ auch „zur Untersuchung von Sozialisationsprozessen zu gelangen.“ Auf diese Weise können Herrschaftsintentionen auch auf ihre reale Wirkung hinterfragt werden. In dem Projekt ist beabsichtigt, einen Diktaturenvergleich im Hinblick auf Sozialisationsprozesse in der SED-Diktatur und unter dem Nationalsozialismus vorzunehmen. Vgl. P. Erker, Zeitgeschichte als Sozialgeschichte. Forschungsstand und Forschungsdefizite, in: GG 19, 1993, S. 230.

⁵ G. Geißler, Zur bildungspolitischen Tendenzwende in der SBZ 1947 bis 1949, in: Pädagogik und Schulalltag 46, 1991, S. 529–543.

(20.–24. September 1947) auf dem Wege, eine „Partei neuen Typus“⁶ zu werden und folgerte daraus einen Führungsanspruch gegenüber allen im Demokratischen Block organisierten Parteien.⁷ In den Schlüsselfunktionen des Staates und seiner Verwaltung sollte der „Funktionär neuen Typus“ wirken, um dort den Kampf für die „fortschrittliche Ideologie“ und gegen „reaktionäre Auffassungen“ aufnehmen zu können.⁸ Ganz offensichtlich sah die SED-Führung in einer unter ihrer Regie geführten Personalpolitik ein entscheidendes Mittel, um die anvisierte Neuordnung in Wirtschaft und Verwaltung vollziehen zu können. Sie rechtfertigte damit nicht nur zurückliegende Personalentscheidungen, die immer häufiger zugunsten von SED-Mitgliedern gefallen waren, sondern auch ihre künftige Kaderauswahl.⁹ Das traf besonders für die „Kommandohöhen“ zu, jene gesellschaftlichen Bereiche, denen bei der Durchsetzung parteipolitischer Interessen eine zentrale Rolle zufiel und die deshalb zur „Gesamtaufgabe der Partei“ erklärt wurden.¹⁰ Wie verschiedene Diskussionsbeiträge des Parteitages und auch Ulbrichts Schlußwort zeigten, zählten dazu an vorderster Stelle auch die Schulen und ihre Verwaltungen.¹¹ Hinter der Aufmerksamkeit, die der Entwicklung des Schulsystems erwiesen wurde, verbarg sich ein elementares Machtinteresse der SED: Die Schule hatte „erklärtermaßen (nicht nur) die Umformung von politischen und gesellschaftlichen Strukturen ... zu flankieren, sondern entscheidend voranzutreiben“.¹²

Mit der auf dem 2. Parteitag eingeleiteten Entwicklung der SED zur „Partei neuen Typus“ und ihrem immer deutlicher vorgetragenen Machtanspruch begann auf dem Gebiet der SBZ die umfassende Stalinisierung der gesellschaftlichen Grundstrukturen. Zunehmend wurden demokratische Ansätze zurückgedrängt, föderalistische Strukturen untergraben und die Befugnisse zentraler Staats- und Verwaltungseinrichtungen erweitert.¹³ Das galt auch auf schulpolitischem Gebiet. Trotz formaler Länderhoheit fungierte die im Auftrag der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945 konstituierte Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DVV) seit 1947 letztlich als höchstes Schulverwaltungsorgan und setzte nicht nur die bildungspolitischen Vorstellungen der sowjetischen Besatzungsmacht, sondern auch der SED um.¹⁴

An der Spitze dieser Behörde agierte der Absolvent und spätere Dozent der Moskauer Kominternschule, Paul Wandel. Als langjähriges und in der Sowjetunion bildungspolitisch geschultes KPD-Mitglied schien er zu gewährleisten, daß sowohl die Interessen der SMAD als auch der SED-Führung beim Aufbau des Schulsystems in der SBZ umgesetzt wurden.

Die Verlagerung wichtiger Entscheidungen in die Hand einer Behörde, der DVV, ermöglichte es, daß im Bildungsbereich die Interessen der Sowjetunion bzw. die der SED-Führung

⁶ Vgl. hierzu den Aufsatz von Monika Kaiser im vorliegenden Band.

⁷ Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages der SED, Berlin 1947, S. 48–52, S. 105.

⁸ Ebenda, S. 479.

⁹ *Weber*, DDR: Grundriß der Geschichte, S. 44.

¹⁰ Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages, S. 224.

¹¹ Ebenda, S. 198 ff., S. 205 ff., S. 217 ff., S. 223, S. 479.

¹² *B. Hohlfeld*, Die Neulehrer in der SBZ/DDR 1945–1953. Ihre Rolle bei der Umgestaltung von Gesellschaft und Staat, Weinheim 1992, S. 175.

¹³ *H. Weber*, Die Geschichte der DDR. Ein Versuch einer vorläufigen Bilanz, in: *ZfG* 41, 1993, S. 195–203.

¹⁴ Zur Entstehung und Arbeitsweise der DVV vgl. *H. A. Welsh*, Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, in: *M. Broszat/H. Weber (Hg.)*, SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990, S. 229–238.

¹³ Kocka, DDR-Forschung

in der gesamten SBZ schrittweise durchgesetzt werden konnten.¹⁵ Die Parteiführung konnte sich zugleich auf eine beachtliche Zahl von SED-Mitgliedern unter den Verwaltungsmitarbeitern in den Volksbildungsministerien der Länder stützen.¹⁶ Auch von den 65 200 Lehrern in der SBZ waren Mitte 1947 bereits 30 000 in der Einheitspartei organisiert,¹⁷ denen in Schulungen ihr bildungspolitischer Auftrag verdeutlicht werden sollte, damit sie aus „innerster Überzeugung“¹⁸ die angestrebte Schulreform unterstützen können.

Der Ausbau des Einflßbereichs der SED in den Schulen und Schulverwaltungen, aber auch an den Universitäten und Hochschulen hatte dazu geführt, daß die Diskussionen um die Aufgaben und Funktionen der Schule in der neuen Gesellschaft immer mehr von den Interessen der SED bestimmt wurden. Nach Kriegsende war in der SBZ die Auseinandersetzung über das Bildungskonzept und den Erziehungsauftrag der Schule durchaus vielgestaltig und keineswegs nur einem Modell verpflichtet gewesen.¹⁹ Insbesondere die Reformpädagogik der Weimarer Zeit war neubelebt worden, wie es überhaupt viele, zumeist im NS-Staat gemaßregelte Reformpädagogen waren, die hoffnungsvoll ihre Ideen umzusetzen suchten. Den Vorstellungen gemeinsam war eine antifaschistische und demokratische Orientierung, die einen breiten Konsens zwischen den verschiedenen sozialen Schichten und politischen Parteien herstellte. Das 1946 für die SBZ beschlossene „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ trug diesen verbindenden Ideen Rechnung; parteipolitische Zielsetzungen oder gesellschaftskonzeptionelle Bezüge auf den Sozialismus wurden explizit nicht formuliert. Eine demokratische Einheitsschule sollte aufgebaut werden, die mit traditionellen Bildungsprivilegien brechen und die Jugend zwar auf ihre Verantwortung gegenüber der „Gemeinschaft des Volkes“ vorbereiten, dem Schüler aber zugleich Individualität und Selbständigkeit zugestehen würde.²⁰

Dieses Einheitsschulgesetz galt jedoch nur für das Gebiet der SBZ, denn die bildungspolitische Entwicklung in Berlin stellte in den ersten drei Nachkriegsjahren einen bemerkenswerten Sonderfall dar. Da die Stadt seit dem Sommer 1945 unter der Kontrolle von vier Besatzungsmächten stand, mußte die Abteilung für Volksbildung im Berliner Magistrat für Beschlüsse, die über einen Besatzungssektor hinausreichten, die Zustimmung des viermächtebesetzten Erziehungsausschusses einholen. In Berlin gestaltete sich die schulkonzeptionelle Diskussion daher weitaus wechselvoller und komplizierter als in der SBZ. Hinsichtlich grundsätzlicher Fragen wie den gesellschaftspolitischen Implikationen der Schulerziehung, der Zulassung von Privatschulen, der Inhalte des Geschichtsunterrichts oder der Zuständigkeit für die Religionsstunden gingen die Ansichten der Vertreter der vier Sektoren weit auseinander.²¹ Trotz der divergierenden Positionen bei der Aushandlung eines für ganz Berlin

¹⁵ Vgl. *H. G. Kiera*, Partei und Staat im Planungssystem der DDR. Die Planung in der Ära Ulbricht, Düsseldorf 1975; *D. M. Schneider*, Renaissance und Zerstörung der kommunalen Selbstverwaltung in der sowjetischen Besatzungszone, in: VfZ 37, 1989, S. 457–497.

¹⁶ *Hohlfeld*, a. a. O., S. 214.

¹⁷ Schulabteilung der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der SBZ (Hg.), Die deutsche demokratische Schule im Aufbau, Berlin 1949, S. 32; Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages, S. 123.

¹⁸ Ebenda, S. 224.

¹⁹ *G. Geißler*, Zur Schulreform und zu den Erziehungszielen in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1947, in: Pädagogik und Schulalltag 46, 1991, S. 410–422.

²⁰ Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule, Mai 1946, in: *S. Baske/M. Engelbert*, Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands, Erster Teil 1945 bis 1958, Berlin 1966, S. 24–27.

²¹ *M. Klewitz*, Berliner Einheitsschule 1945–1951. Entstehung, Durchführung und Revision des Reform-

gültigen Schulgesetzes setzte sich ein von Reformbestrebungen getragenes Konzept der Einheitsschule durch.²² Als „Schulgesetz für Groß-Berlin“ sollte es zum 1. Juni 1948 wirksam werden, und mit dem Beginn des neuen Schuljahres hätte schrittweise mit dem Aufbau einer Einheitsschule in Berlin begonnen werden können.²³ Dazu kam es dann allerdings nicht mehr.

Bereits seit dem Frühjahr 1948 hatten sich die Auseinandersetzungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion rapide zugespitzt. Die sowjetischen Vertreter verließen zuerst den Kontrollrat und im Juni 1948 auch die Alliierte Kommandantur in Berlin.²⁴ Die politische Spaltung Berlins war damit eingeleitet und wurde im November 1948 mit der Wahl eines eigenen Magistrats für den Ostteil der Stadt besiegelt. Obwohl Ost-Berlin einen besonderen Rechtsstatus behielt, war der Aufbau des Schulsystems in diesem Teil der Stadt von nun an nicht mehr von den schulpolitischen Vorstellungen der Westmächte bzw. der West-Berliner Pädagogen und Schulfunktionäre abhängig.²⁵ Die spezifischen politischen und territorialen Bedingungen des nunmehr geteilten Berlin trugen aber dazu bei, daß die Situation an den Schulen im Ostteil der Stadt auch in den Folgejahren eine Reihe von Besonderheiten aufwies.²⁶

Der SMAD und der SED-Führung brachte die Teilung der Stadt die Möglichkeit, ihre schulkonzeptionellen Vorstellungen nun auch in Ost-Berlin alleinverantwortlich umzusetzen. In der SBZ galt zwar formal das 1946 beschlossene Einheitsschulgesetz, die anfänglich vielgestaltige pädagogische Diskussion und bildungspolitische Praxis wurde seit 1947/48 jedoch zunehmend von den Positionen und Interessen der SED bestimmt. Der Hauptreferent des Zentralsekretariats der SED für Schul- und Erziehungsfragen, Hans Siebert, verlangte bereits im Herbst 1947, daß auch im Bildungsbereich die Parteipolitik maßgebend sein müsse. Neue Forschungen haben gezeigt, daß Siebert schon im November 1947 einen Entwurf zu den „Aufgaben auf dem Gebiet der Schule und Erziehung“ erarbeitet hatte, dessen politische Stoßrichtung er wenige Wochen später anlässlich eines Vortrages noch präziserte.²⁷ Erstmals

gesetzes von 1947/48, Berlin 1971; *dieselbe*, Berliner Schule unter Viermächtekontrolle, in: Zeitschrift für Pädagogik 23, 1977, S. 563–579; K. H. Günther u. a., Zur Entwicklung des Volksbildungswesens auf dem Gebiet der DDR 1946–1949, Monumenta Paedagogica, Bd. III, Berlin 1968, S. 122–134.

²² G. Raddde, Kontinuität und Abbruch demokratischer Schulreform. Das Beispiel der Einheitsschule in Groß-Berlin, erscheint in: Jahrbuch für Pädagogik 2, 1993.

²³ E. Brehm, Die Berliner Schulreform, in: die neue schule 2, 1947, S. 277–278; *dieselbe*, Zum Schulgesetz von Groß-Berlin, in: die neue schule 3, 1948, S. 554–555; Der Leidensweg einer Schulreform, in: die neue Schule 2, 1947, S. 630–631.

²⁴ Weber, DDR: Grundriß der Geschichte, S. 38.

²⁵ Vgl. E. Zivier, Der Rechtsstatus des Landes Berlin, Berlin 1987.

²⁶ In Ost-Berlin, nicht aber in der SBZ, erhielten z. B. Schüler ihre Lehrmittel unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Auch ist an die Folgen der unmittelbaren Nachbarschaft zweier politischer Systeme für den Alltag und die Haltungen und Wertvorstellungen der Menschen zu denken. So ist z. B. der von der SED bereits sehr früh kritisierte geringe politische Organisationsgrad der Ost-Berliner auch im Zusammenhang mit der besonderen politischen Situation der Stadt zu diskutieren. 1947 registrierte die SED in den fünf Ländern einen Mitgliederzuwachs von 38 %, die Berliner Organisation war hingegen nur um 24 % gestiegen. Während in der SBZ jeder achte Erwachsene Mitglied der SED gewesen war, gehörte in Berlin nur jeder 22. dieser Partei an (Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages, S. 104). Für die Mitgliedschaft in der Pionierorganisation wurden ähnlich gravierende Differenzen festgestellt. Danach waren z. B. im August 1952 von den in Frage kommenden Ost-Berliner Schülern nur 20 % Pioniere gewesen, wohingegen in der übrigen DDR 60 % der Pionierorganisation angehört hatten. Eine ähnliche Tendenz wurde für die außerschulischen Arbeitsgemeinschaften festgestellt. Vgl. LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 145, S. 15–18.

²⁷ Geißler, Zur bildungspolitischen Tendenzwende, S. 533 f.

wurden in so unverhüllter Form die Aufgaben der Schule im Zusammenhang mit parteipolitischen Interessen diskutiert. Nicht nur das Studium des Marxismus-Leninismus, sondern auch ein verstärkter Einsatz der SED an den Schulen und die Mobilisierung der FDJ und ihrer Kinderorganisation wurden gefordert.²⁸ Der Entwurf Sieberts erlangte zwar noch nicht den Status eines offiziellen SED-Dokuments, wirkte aber „seit Ende 1947 als parteiintern und konsequent eingehaltene Handlungsanweisung für die Schulpolitik der SED im Vorfeld der DDR-Staatsgründung und darüber hinaus“.²⁹ Die eingeleiteten Akzentverschiebungen setzte der 3. Pädagogische Kongreß (Juli 1948) fort. Anknüpfend an den vom 2. Parteitag 1947 geforderten „Funktionär neuen Typus“, wurden auf dem Kongreß auch die Erwartungen an den Lehrer neu formuliert. Dieser müsse sich als „politischer Lehrer“, als Pädagoge und Funktionär verstehen und sowohl mit dem Marxismus-Leninismus vertraut sein als auch die Sowjetpädagogik kennen und anwenden.³⁰ Zum ersten Mal traten anlässlich eines pädagogischen Kongresses sowjetische Referenten auf.

Obwohl der sowjetische Kulturoffizier im Juni 1945 in Berlin verkündet hatte: „Wir haben nicht die geringste Absicht, eine Sowjetisierung der deutschen Schulen durchzuführen oder das deutsche Schulwesen nach sowjetischem Muster aufzubauen“,³¹ zeichnete sich 1948 auch hinsichtlich des Stellenwerts der Sowjetpädagogik eine Kurskorrektur ab. Die KPD-/SED-Führung hatte in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht nur mit allzu deutlichen ideologischen Verlautbarungen Zurückhaltung geübt, sondern auch auf normative Bezugnahmen auf das Gesellschaftsmodell der Sowjetunion verzichtet. Nach den eher parteiinternen Äußerungen über die Vorbildrolle des sowjetischen Schulsystems seit Ende 1947 und dem erstmaligen Auftreten sowjetischer Wissenschaftler anlässlich des erwähnten Kongresses im Juli 1948 folgten von nun an in schneller und regelmäßiger Folge Beschlüsse, Entschließungen und Verordnungen der SED, um auch das Bildungssystem der DDR dem Modell der UdSSR anzugleichen. Nicht nur Lehrpläne und Unterrichtsinhalte, sondern die gesamten Ausbildungs- und Verwaltungsstrukturen waren davon betroffen. Der Feststellung, wonach in den ersten Jahren nach der Gründung der DDR „die grundlegende und beispielhafte Bedeutung der Sowjetpädagogik nur relativ selten Gegenstand von Erklärungen war, und daß die meisten Sowjetisierungsmaßnahmen ohne einen entsprechenden Hinweis eingeleitet und durchgeführt wurden“, ist ebenso zuzustimmen wie dem Hinweis, daß aber allein schon die öffentlichen Verlautbarungen und Anordnungen die „Intensität der Sowjetisierungstendenz“ unterstrichen.³²

Die forcierte Stalinisierung wurde im September 1948 durch einen Beschluß des ZK der SED über die „Verstärkung des Studiums der Geschichte der KPdSU“ fortgesetzt, der für die „sozialistische Bewegung“ eines jeden Landes verlangte, die „Erfahrungen der bolschewistischen Partei“ aufzunehmen.³³ Zwei Monate später forderte Hans Siebert anlässlich einer

²⁸ Zur Kinderorganisation der FDJ bzw. zur Gründung und Geschichte der Pionierorganisation vgl. die Arbeit von Leonore Ansong in diesem Band.

²⁹ *Geißler*, Zur bildungspolitischen Tendenzwende, S. 534.

³⁰ Die neue Schule wächst in der neuen Gesellschaft. Erster Tagungsbericht vom 3. Pädagogischen Kongreß, in: die neue Schule 3, 1948, S. 481–485.

³¹ „Ansprache des Herrn Oberstleutnant Sudakow bei der Schulsitzung am 8. 6. 1945“, Nachschrift des Leiters der Abt. f. Volksbildung Otto Winzer, in: *Klewitz*, Berliner Einheitsschule, S. 268.

³² *Baske|Engelbert*, a. a. O., S. XX.

³³ Über die Verstärkung des Studiums der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewikij) – kurzer Lehrgang“. Beschluß des Zentralsekretariats der SED vom 20. September 1948, in: *Baske|Engelbert*, a. a. O., S. 78–80.

„Aktivistentagung der Lehrer“ die Umsetzung des ZK-Beschlusses für den Bildungsbereich und erklärte die Sowjetpädagogik zur grundlegenden Quelle der pädagogischen Theorie und Praxis in der SBZ.³⁴ Noch deutlicher erhob dann der 4. Pädagogische Kongreß im August 1949 das sowjetische Vorbild zur Maxime pädagogischen Handelns.³⁵ Dieser „als erster dieser Kongresse instruktionsgemäß parteipolitisch“ vorbereitete 4. Pädagogische Kongreß markierte in mehrfacher Hinsicht eine Zäsur und schloß die 1947/48 eingeleitete „schulpolitische Tendenzwende in der SBZ“ ab.³⁶ Endgültig wurde auf dieser Tagung mit den bereits in den zurückliegenden zwei Jahren immer mehr in den Hintergrund gedrängten reformpädagogischen Konzepten und der anfänglich breiten inhaltlichen Diskussion der Nachkriegsjahre gebrochen. Sowjetpädagogik, Marxismus-Leninismus und die SED-Programmatik sollten die tragenden Säulen der Erziehungstheorie und -praxis bilden. Der Parteivorstand der SED erließ noch während der Kongreßsitzung am 24. 8. 1949 „Schulpolitische Richtlinien“, die fast wortgleich am darauffolgenden Tag von der schulpolitischen Kommission des Kongresses als Resolution verabschiedet wurden.³⁷ Ganz offensichtlich hatte die SED-Führung nicht nur den Verlauf dieser wichtigen Tagung vorbereitet, sondern auch den Inhalt ihrer EntschlieÙung schon vorher festgelegt. Mit diesem kurz vor der Gründung der DDR abgehaltenen Kongreß war es der Parteispitze endgültig gelungen, in wesentlichen Fragen die Diskussion und Entscheidungsmacht an sich zu reißen und die schulpolitischen Weichen zugunsten ihrer Interessen zu stellen. Insgesamt bündelten die von der SED im Spätsommer 1949 erlassenen Richtlinien die sich in den vorangegangenen zwei Jahren abzeichnenden Akzentverschiebungen in der Bildungspolitik. Insofern bildete auch auf bildungspolitischem Gebiet die DDR-Staatsgründung im Oktober 1949 eher eine formale Zäsur³⁸; den eigentlichen Beginn der Stalinisierung in der SBZ lösten die im Zuge der Entwicklung der SED zur „Partei neuen Typus“ eingeleiteten strukturellen gesellschaftlichen Wandlungen aus, die die Ausdehnung des Herrschaftsanspruchs der SED auf die gesamte Gesellschaft untermauerten.

Stalinisierungsschub im Bildungswesen der DDR seit 1952 – Vorgeschichte des 17. Juni 1953

Im Juli 1952 beschloß die II. Parteikonferenz der SED den „Aufbau des Sozialismus“, da die „politischen und ökonomischen Bedingungen sowie das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen“³⁹ entsprechend weit entwickelt seien. Wenige Tage nach der

³⁴ Neue Lehrer im Kampf um die Erfüllung des Zweijahrplans. Aus der Rede des Hauptreferenten des Zentralsekretariats der SED für Schul- und Erziehungsfragen, H. Siebert, auf der Aktivistentagung der Lehrer in Leipzig vom 15. bis 17. November 1948, in: *Baske/Engelbert*, a. a. O., S. 85–100.

³⁵ H. Siebert, Die Hebung des Leistungsstandes in der deutschen demokratischen Schule, Rechenschaftsbericht, in: Der 4. Pädagogische Kongreß, Berlin 1949, S. 15–56.

³⁶ *Geißler*, Zur bildungspolitischen Tendenzwende, S. 537.

³⁷ Schulpolitische Richtlinien für die deutsche demokratische Schule. Beschluß des Parteivorstandes der SED vom 24. August 1949; Schulpolitische Richtlinien für die deutsche demokratische Schule. Resolution der schulpolitischen Kommission des 4. Pädagogischen Kongresses vom 25. August 1949, in: *Baske/Engelbert*, a. a. O., S. 139–147.

³⁸ Ch. Kleßmann, Politische Rahmenbedingungen der Bildungspolitik in der SBZ/DDR 1945–1952, in: M. Heinemann (Hg.), Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich, Stuttgart 1981, S. 229.

³⁹ Dokumente der SED, Bd. 4, Berlin 1954, S. 73.

Parteiokonferenz faßte das Politbüro der SED am 29. Juli 1952 einen Beschluß, in dem die Konsequenzen dieser Entscheidung für die Arbeit an den Schulen festgelegt wurden.⁴⁰ Mit dieser Verpflichtung der staatlichen Bildungseinrichtungen auf ein sozialistisches Gesellschaftsmodell und der Definition eines neuen Leitbildes vom Menschen wurde eine weitere wesentliche Akzentuierung der SED-Bildungspolitik eingeleitet. Der Politbürobeschluß entschied, daß jetzt „vor der deutschen demokratischen Schule die Aufgabe (steht), die Jugend zu allseitig entwickelten Persönlichkeiten zu erziehen, die fähig und bereit sind, den Sozialismus aufzubauen und die Errungenschaften der Werktätigen bis zum äußersten zu verteidigen.“ „Patrioten“ sollten erzogen werden, die „ihrer Regierung treu ergeben sind.“ Dazu sei „die ideologisch-politische Erziehung der Lehrer und ihre fachliche Qualifizierung“ voranzubringen. Von den Lehrern erwartete man „eine bewußte kämpferische Einstellung zum Aufbau des Sozialismus“. Betont wurde, daß „ideologische Unklarheiten und feindliche Auffassungen ... nicht mehr geduldet werden.“ Der Beschluß legte weiterhin eine veränderte Regelung der Lehrerausbildung, die Neubearbeitung von Lehrplänen und zum 1. Januar 1953 die Umstrukturierung des Ministeriums für Volksbildung und der Organe der Volksbildung in den Bezirken und Kreisen „an Hand der Erfahrungen der Sowjetunion“ fest. Zusätzlich wurden die „Aufgaben der Partei“ an den Schulen definiert. Danach waren die Parteiorganisationen an den Schulen nicht nur verantwortlich für die ideologische Erziehung der Schüler und Lehrer, sondern hatten zugleich bei der Gewerkschaftsarbeit „anzuleiten“, die „Verantwortung für die Pionierarbeit“ zu tragen und schließlich auch noch den Elternbeiräten „Anleitung und Kontrolle“ zukommen zu lassen.⁴¹ Die verbleibende Zeit nach dem Politbürobeschluß bis zum Beginn des „ersten Schuljahres in der Zeit des Aufbaus des Sozialismus“ im September 1952 wurde im Ministerium und in den Schulverwaltungen genutzt, um „Mängel und Schwächen“ an den Schulen aufzudecken und korrigierende „Maßnahmen“ zu beschließen. Gleichzeitig und sicher nicht zufällig wurde am 14. 8. 1952 die Ministerfunktion neu besetzt. Die Staatssekretärin Else Zaisser, bildungspolitisch über viele Jahre in der Sowjetunion geschult, löste Paul Wandel ab. Für das Volksbildungsministerium gaben die bereits im Jahr zuvor kritisierten „objektivistischen Tendenzen“ und die mangelnde „Einheit von Unterricht und Erziehung“⁴² immer noch Anlaß zum Tadel. Eine Prüfungsanalyse habe ergeben, so die Hauptabteilung Unterricht und Erziehung des Ministeriums, daß Erscheinungen von „Pazifismus und sogenannter ‚Neutralität‘“ aufträten, die nicht nur „die weitere Entwicklung der Schule hemmen“, sondern „im Widerspruch (ständen) zu den großen Aufgaben der Nation“.⁴³

Die „Abteilung Volksbildung des Magistrats von Groß-Berlin“ vermerkte in ihrer jährlichen Schuljahresanalyse am 28. 8. 1952:

„Viele Lehrer verstehen es noch nicht genügend die erzieherischen Kräfte des fortschrittlichen Bildungsgutes auszunutzen, weil es ihnen an ideologischer Klarheit mangelt ... Es darf nicht

⁴⁰ Beschluß des Politbüros „Zur Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus des Unterrichts und zur Verbesserung der Parteiarbeit an den allgemeinbildenden Schulen“ vom 29. Juli 1952, in: ebenda, S. 116–128.

⁴¹ Ebenda, S. 116 ff.

⁴² Hinter dieser Formel von der „Einheit von Unterricht und Erziehung“ stand die immer wieder nachdrücklich für alle Fächer erhobene Forderung, die Wissensvermittlung mit ideologischer Unterweisung zu verbinden.

⁴³ Entwurf einer Disposition für das Referat der Kreisschulräte auf den Kreislehrerkonferenzen vom August 1952, Hg. Ministerium für Volksbildung, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 137, S. 48.

übersehen werden, daß die schlechte soziale Struktur in den Lehrerkollegien an den Oberschulen (19 % Arbeiter und Bauern) es mit sich bringt, daß noch Lehrkräfte in größerer Zahl vorhanden sind, die auf Grund ihrer Klassenlage (Mittelstand, Kleinbürger) nicht ernsthaft genug daran interessiert sind, unsere Arbeiterkinder ... zum Abitur zu führen ... Eine Hauptursache für diese Erscheinungen liegt in der mangelnden Anwendung der Erfahrungen der Sowjetpädagogik. Die Bedeutung der Sowjetpädagogik und des Marxismus-Leninismus für die Unterrichtsarbeit wird immer noch unterschätzt.“⁴⁴

Nach Ansicht der Abteilung gab es aus diesem Desaster nur einen Ausweg: noch mehr und noch effizientere ideologische Schulungen unter Obhut der SED bzw. Massenorganisationen.⁴⁵

Eine wichtige Rolle auf dem Wege zur Instrumentalisierung der Schule spielte auch die sogenannte Kaderauswahl. Die personalpolitischen Entscheidungen des Volksbildungsministeriums und der nachgeordneten Einrichtungen wurden in erster Linie nach Parteizugehörigkeit und politischer Loyalität getroffen. Wichtige Funktionen in den Schulverwaltungen bzw. Schulen waren mit SED-Mitgliedern besetzt worden.⁴⁶ Kam es an den Schulen zu einer „Überbetonung der fachlichen Leistungen“ und einer „Unterschätzung gesellschaftlicher Arbeit“, ergaben sich daraus „Schlußfolgerungen für die Besetzung des Kollegiums“.⁴⁷ Diese Argumentation wurde gerade im Zusammenhang mit der Förderung von „Arbeiter- und Bauernkindern“ benutzt. Zahlreichen christlichen Kindern wurde der Oberschulbesuch äußerst erschwert, zumal, wenn neben ihrem Glauben auch die soziale Herkunft „nicht stimmte“ und die Mitgliedschaft bei den Pionieren fehlte.⁴⁸

Die „Fallzahlen“ geförderter Arbeiter- und Bauernkinder galten nicht nur als Gradmesser der politischen Einsicht von Lehrern, sondern ihrer pädagogischen Befähigung überhaupt.⁴⁹

⁴⁴ Schuljahresanalyse 1951/52 der Abteilung Volksbildung Magistrat vom 28. 8. 1952, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 145, S. 12 ff.

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Vgl. für Ost-Berlin: Personalanalyse für das Jahr 1952 der Abteilung Volksbildung Magistrat vom 3. 1. 1953, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 38, S. 18 ff.

⁴⁷ Analyse über die Auswahl der Oberschüler in den Berliner Stadtbezirken, o. D., in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 2579, S. 2 f., S. 5, S. 11 f.

⁴⁸ Eingaben und Hilfersuchen von Eltern an kirchliche Behörden dieser Zeit geben Einblick in die an den Schulen und Schulverwaltungen praktizierten Selektionskriterien gerade auch für weiterführende Bildungswege. Sie belegen, daß insbesondere Kinder christlichen Glaubens einer starken Benachteiligung unterlagen und oft sogar von Mitschülern und Lehrern diskriminiert und im Unterricht bloßgestellt wurden. Vgl. Ev. Zentralarchiv 104/KD 441, Bd. I, 1951–1954; 104/KD 653, Bd. I, 1952–1956.

⁴⁹ Es war erklärtes Ziel der Bildungspolitik in der DDR, gerade auch den Kindern aus Arbeiterfamilien weiterführende Bildungswege zu eröffnen. Die hierbei proklamierte Brechung des „Bildungsmonopols“ gehobener Gesellschaftsschichten macht jedoch nur eine Seite der Betrachtung aus. Fest steht, daß es sich nicht um „objektive“ soziale Statuszuweisungen allein, sondern stets auch um Elemente einer Gesinnungs- und Verhaltensprüfung nach politischen Kriterien“ handelte, wenn entsprechende Zuordnungen vorgenommen wurden. Vgl. O. Anweiler, Schulpolitik und Schulsystem in der DDR, Opladen 1988, S. 29. Zeitgenössische „Anwendungskriterien“ sahen z. B. für sogenannte Grenzfälle vor, vor allem auch die „ideologische Einstellung“ des Vaters zugrunde zu legen und zu berücksichtigen, „inwieweit er durch Organisationszugehörigkeit und aktives Verhalten sich zur Arbeiterklasse bekannt hat.“ Partei- und Staatsfunktionärkindern konnte ebenfalls der Arbeiterstatus zugeschrieben werden. Vgl. H. Krahn, Der Begriff „Arbeiterkind“ richtig angewendet, in: die neue schule 6, 1951, S. 131 f.; W. Vollmering, Was bei der Aufnahme in die Oberschule berücksichtigt werden muß, in: Die neue Schule 7, 1952, S. 160–162.

Aus der Sicht der Behörden stellten Lehrer, die im Osten Berlins unterrichteten, aber im Westteil der Stadt lebten, einen zusätzlichen Unsicherheitsfaktor dar. Denn man müsse annehmen, daß nicht „ideelle Gründe für ihre Arbeit im demokratischen Sektor ausschlaggebend [sind], sondern ... bei ihnen die fehlenden Arbeitsmöglichkeiten in den Westsektoren im Vordergrund [stehen].“ Während es im Schuljahr 1951/52 in allen Ost-Berliner Schulen noch insgesamt 363 Westberliner Lehrer gab, wurden zum Ende des Schuljahres 133 von ihnen entlassen. Der gleichen Anzahl wurde dann zum 15. Januar 1953 gekündigt.⁵⁰ Dem verbliebenen Rest galt aber nach wie vor Argwohn, wie es die Maßnahmen unmittelbar vor den Juniereignissen zeigen sollten.

Die soziale Situation der Lehrer war insgesamt wenig zufriedenstellend. Die allgemeinen politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nach 1952 führten eher noch zu einer Verschlechterung ihrer Lebenslage. Der forcierte Aufbau der Schwerindustrie und eine vergleichsweise begrenzte Konsumgüterproduktion, eine rigorose Steuerpolitik gegenüber Teilen der Mittelschicht, die Kollektivierung der Landwirtschaft und schließlich auch die finanziellen Belastungen, die für den geplanten Aufbau bewaffneter Streitkräfte benötigt wurden, hatten zur Folge, daß nicht nur die alltägliche Lebenshaltung komplizierter wurde und damit die Unzufriedenheit der Menschen wuchs, sondern die Konflikte sich insgesamt verschärfen und der „Widerspruch zwischen Herrschaft und Gesellschaft“ immer schroffer wurde.⁵¹ Die Zahl derer, die in den Westen gingen, stieg von etwa 22 000 im Dezember 1952 auf mehr als 58 000 im März 1953 an.⁵² Auch Lehrer verließen das Land oder gaben zumindest ihren Beruf auf. Gerade nach der II. Parteikonferenz erhöhte sich die Fluktuationsrate noch einmal deutlich.⁵³ Für Unruhe unter den Lehrern hatte auch eine im Juni 1952 vom Ministerrat beschlossene Vergütungsregelung für Lehrer gesorgt, die zum Oktober in Kraft treten sollte, dann aber ohne Erklärung abgesetzt worden war. Eine Vereinbarung, wonach ab Januar 1953 ein Teil des Bruttogehaltes lohnsteuerfrei sein sollte, wurde lediglich für neun Monate in Aussicht gestellt. Wenige Wochen später, im Juli 1953, als es für kurze Zeit möglich war, auf bestimmte politische Fehler öffentlich hinzuweisen, erschienen in der Zeitung „Die neue Schule“ Rückblicke auf die vergangenen Monate. Diese Stimmungsberichte illustrieren ganz anschaulich die allgemeine Unzufriedenheit der Lehrer mit ihren Lebensbedingungen und speziell auch ihren Ärger über die vielen zusätzlichen Belastungen, die administrative und bürokratische Anforderungen mit sich brachten.

„Selbstverständlich bestehen die Lehrer auch darauf, daß ihre materielle Sicherstellung ständig gewährleistet ist und daß sie die ihnen als Angehörige der Intelligenz in den Kulturverordnungen sowie anderen Gesetzen und Verfügungen zugestandenen Vergünstigungen auch wirklich erhalten. Große Mängel bestehen noch immer in der Versorgung mit Wohnraum ... Verärgerung gibt es jedes Jahr von neuem, wenn die Sonderzuteilung von Heizstoffen erfolgt. Und wer hielt es

⁵⁰ Personalanalyse für das Jahr 1952 der Abteilung Volksbildung Magistrat vom 3. 1. 1953, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 38, S. 26. Anzumerken ist noch, daß die Entlassungen bzw. die von den West-Berlinern geforderten Umzüge in den Ostteil der Stadt alle Angestellten des öffentlichen Dienstes in Ost-Berlin betrafen.

⁵¹ I. Spittmann/K. W. Fricke, 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1982, S. 6.

⁵² Angaben nach D. Staritz, Geschichte der DDR, Frankfurt a. M. 1985, S. 81.

⁵³ B. Hohlfeld beruft sich auf westliche Schätzungen, nach denen zwischen 1945 und 1954 70 000 Lehrer, zuerst ausgebildete Altlehrer, später auch Neulehrer, ihre Schulen verließen. Sie konstatiert in diesem Zusammenhang auch ein Ansteigen der Fluktuation nach der 2. Parteikonferenz. Vgl. dieselbe, a. a. O., S. 400.

*eigentlich für richtig, die Lehrer nicht eines erklärenden Wortes zu würdigen, als die vom Ministerrat ... beschlossene Neuregelung der Vergütung nicht erfolgen konnte?*⁵⁴

Der Autor betonte weiter, daß den Lehrern endlich Gelegenheit gegeben werden müßte, „ihre Arbeit“ zu tun. Ständig würden sie und ihre Schüler zu Sammlungen, kurzfristig angeordneten Feier- und Gedenkstunden oder anderen Sonderaktionen verpflichtet. Lehrer müßten darüber hinaus „Zeit und Kraft opfern, um Aktenschränke und Papierkörbe füllen zu helfen.“⁵⁴

Neben den permanenten Aktionen zur Mobilisierung von Schülern und Lehrern war die Arbeit an den Schulen durch ein umfangreiches System bürokratischer Anforderungen bestimmt. Das verwies nicht nur auf einen übermäßig aufgebauten Verwaltungsapparat, sondern auf das tiefe Mißtrauen der eigentlichen staatlichen Entscheidungsträger gegenüber der Bevölkerung, hier der Lehrer. Allein zwischen April und Juni 1953 erließ das Volksbildungsministerium 64 Verfügungen und Mitteilungen.⁵⁵ Das heißt, daß die Direktoren etwa alle ein bis zwei Tage eine Weisung „von oben“ erhielten. Dazu kam, daß die örtlichen Organe zusätzliche Anordnungen erlassen konnten. Vollends verworren wurde die Situation noch dadurch, daß zu den gleichen Verordnungen auch noch die SED und die Massenorganisationen in ihren Sekretariaten Beschlüsse faßten und ihre Umsetzung verlangten. In den Schulen kam es im Frühjahr 1953 zu einer „Inflation von Kontrollmaßnahmen“, ein „Instrukteur [drückte] dem anderen ... die Klinke in die Hand“.⁵⁶

Um die Jahreswende 1952/53 wurden im Auftrag des Ministeriums Inspektionen an einer Reihe von Schulen veranlaßt, in deren Folge sogenannte „Auswertungskonferenzen der Inspektionstätigkeit“ stattfanden. Die Verantwortlichen der Konferenz sahen im mangelnden „ideologischen Niveau der Lehrer“ die wichtigste Ursache dafür, daß die Entwicklung der Schulen in Ost-Berlin hinter den Erwartungen zurückblieb. Die Inspektoren hatten ebenso herausgefunden, daß der Stellenwert der Pionierorganisation unterschätzt werde und auch die Arbeit der Parteiorganisationen noch „entscheidend“ verbesserungswürdig sei.⁵⁷

Der „Umformungsprozeß“ der Lehrer war allem Anschein nach immer noch nicht gelungen. Doch wäre es verfehlt, in der Lehrerschaft ein ernstzunehmendes Widerspruchspotential zu vermuten. Äußerungen aktiver Opposition sind nicht überliefert. Die behördliche Kritik richtete sich vielmehr gegen ihre Inaktivität und Passivität. Den im Grunde fachlich unzureichend ausgebildeten Neulehrern hatte die schnell erworbene berufliche Position Statuszuwachs gebracht. Bereits zu Beginn der Ausbildung nach politischen Kriterien ausgesucht und im weiteren ideologisch geschult, akzeptierten sie im hohem Maße die „neue Ordnung“. Altlehrer, vielfach einem demokratisch-antifaschistischen Erziehungsbild verpflichtet, arrangierten sich entweder im Laufe der Jahre oder verließen die Schulen, wenn nicht gar die DDR. Offenbar waren die Lehrer nicht durchweg die überzeugten und engagierten Protagonisten geworden, die das System wünschte; dennoch erfüllten sie ihre Aufgaben, wenn auch abwartend und politisch eher indifferent.

Anhand von regelmäßig und als „streng vertraulich“ im Magistrat von Groß-Berlin ge-

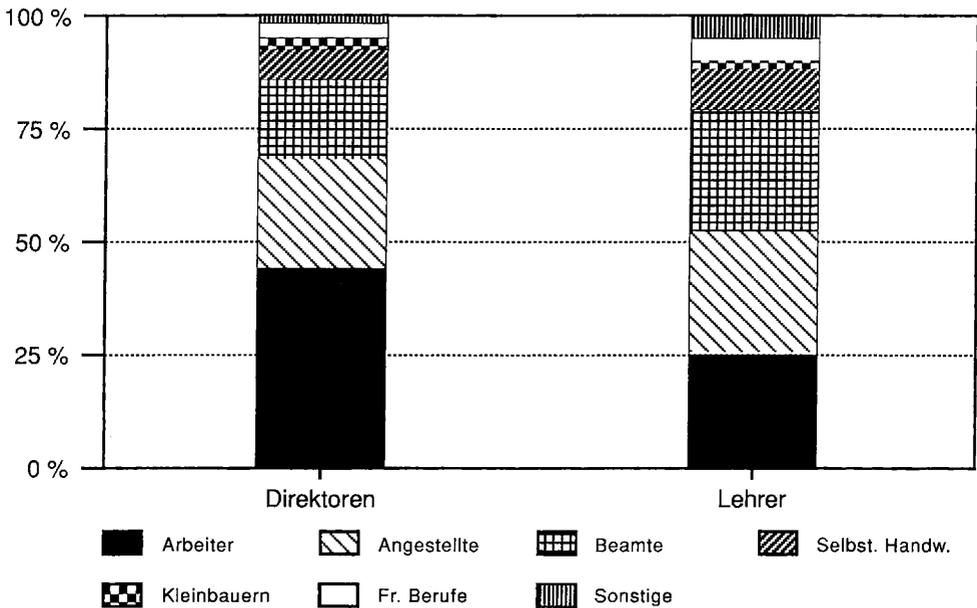
⁵⁴ F. Busch, Klarheit schaffen – offen miteinander sprechen, in: Die neue Schule 7, 1953, S. 5.

⁵⁵ Vgl. Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Volksbildung, Berlin 1953, S. 3–5.

⁵⁶ Bericht der Abteilung Volksbildung Magistrat „Über die Arbeit der Abteilung Volksbildung in den Tagen des 17. Juni bis heute“ vom 2. 7. 1953, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 2247, S. 2.

⁵⁷ „Maßnahmen zur Verbesserung der schulischen Arbeit auf Grund der Auswertungskonferenzen der Inspektionstätigkeit des Volksbildungsministeriums“ der Abteilung Volksbildung Magistrat vom 2. 2. 1953, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 137, S. 128.

fürten „Kaderstatistiken“ ist es möglich, die Sozialstruktur der Lehrerkollegien in dieser Zeit relativ gut zu rekonstruieren. Die wenige Wochen vor den ereignisreichen Junitagen an den Ost-Berliner Schulen erhobenen Daten lassen folgende sozialstatistische Beschreibung der dort angestellten Mitarbeiter zu. Insgesamt gab es im Ostteil der Stadt 257 Schulen,⁵⁸ an denen 3006 Lehrer und zusätzlich 933 Praktikanten arbeiteten.⁵⁹ Dazu kamen noch 478 Direktoren und Stellvertreter sowie 283 Pionierleiter. 230 Planstellen waren nicht besetzt. Der Frauenanteil unter den Lehrern überwog leicht mit 56%, allerdings wurden die Leitungsfunktionen (Direktoren und Stellvertreter) vorwiegend von Männern (70%) ausgeübt. Anhand einer vorgegebenen Klassifizierung wurde in den statistischen Bögen auch die soziale Herkunft des Schulpersonals erfaßt. Das nachfolgende Diagramm veranschaulicht deutliche Unterschiede zwischen den beiden Gruppen: Schulleiter rekrutierten sich stärker aus der Arbeiterschaft. Lehrer stammten dagegen gehäuft aus Angestellten- bzw. Beamtenfamilien. Graphik 1: Soziale Herkunft von Lehrern und Schulleitern in Berliner Schulen 1953⁶⁰



Auch beim Vergleich der Qualifikationsabschlüsse ergaben sich Unterschiede zwischen den beiden Gruppen. Zwar stand sowohl unter den Direktoren als auch unter den Lehrern die „Mittlere Reife“ an erster Stelle der erreichten Schulbildung (je 34%), aber nur in der Lehrer-

⁵⁸ Die angegebenen Daten für die Anzahl der Schulen schwanken leicht, da die jeweiligen Erhebungsbögen häufig im Aufbau verändert worden sind und dann z. T. unterschiedliche Erfassungskriterien zugrunde gelegt wurden. Vgl. Schulstatistische Erhebung des Ministeriums für Volksbildung, Stichtag 1. 12. 1952, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 3164, S. 10–12.

⁵⁹ Die nachfolgenden Angaben wurden statistischen Erhebungen des Magistrats von Groß-Berlin entnommen. Die Prozentangaben wurden selbst berechnet und sind zumeist geringfügig gerundet. Vgl. Statistischer Berichtsbogen A der Abteilung Volksbildung Magistrat vom 15. 5. 1953, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 3040, o. S.

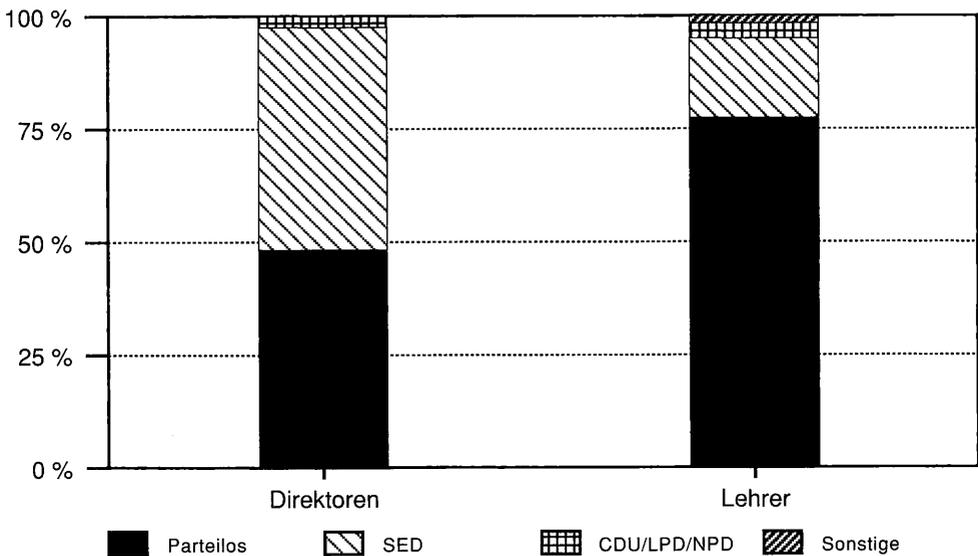
⁶⁰ Ebenda.

gruppe rangierte das Abitur an zweiter Stelle (29 %), gefolgt vom Volksschulabschluß (22 %). Für die Direktoren wurde dagegen als zweithäufigste Qualifikation die absolvierte Volksschule (29 %) und erst an dritter Stelle das Abitur (25 %) angegeben. Hochschulabsolventen waren in beiden Gruppen gleich wenig vertreten (ca. 12 %).

Die ausgewerteten Statistiken geben auch Aufschluß über die Altersstruktur der Kollegien. Danach war insbesondere der Anteil jüngerer Mitarbeiter vergleichsweise hoch. 22% der Direktoren und Lehrer wurden zum Stichtag im Mai 1953 der Altersgruppe unter 30 und weitere 17% unter 25 Jahre zugeordnet. Fast die Hälfte aller an den Schulen beschäftigten Pädagogen war damit bei Kriegsende unter 23 Jahre alt. Dieses niedrige Durchschnittsalter erklärt möglicherweise auch die vergleichsweise geringe Anzahl von Parteimitgliedschaften aus der Zeit vor 1945. Nach den vorliegenden kaderstatistischen Angaben hatte der überwiegende Teil der Mitarbeiter vor 1945 keiner Partei angehört (83% der Direktoren und 87 % der Lehrer). 3,4 % der Direktoren waren KPD- und 6,5 % SPD-Mitglieder gewesen. In der Gruppe der Lehrer fiel die KPD- und SPD-Mitgliedschaft noch geringer aus (0,9 % bzw. 2,4 %). Der NSDAP hatten 4,6 % der Schulleiter und immerhin 8,2 % der Lehrer angehört.

Die deutlichsten Gruppenabweichungen brachte der Vergleich der am Erhebungstag registrierten Parteimitgliedschaften.

Graphik 2: Parteimitgliedschaft von Lehrern und Schulleitern in Berliner Schulen 1953⁶¹



Die vorstehende Abbildung zeigt, daß etwas mehr als die Hälfte der Leitungsfunktionen an den Schulen von SED-Mitgliedern wahrgenommen wurden. Unter den Schulleitern bzw. ihren Stellvertretern waren zugleich 35 % in der FDJ organisiert gewesen. Der verbleibende Teil der Direktorengruppe gehörte in der Regel keiner Partei an, und das waren immerhin 46 %. Die Mitgliedschaft in den Blockparteien spielte kaum eine Rolle (1,5 %). Von den

⁶¹ Ebenda.

Lehrern war dagegen nicht einmal ein Fünftel in der SED bzw. der FDJ organisiert gewesen (je 16 %). Nahezu 80 % von ihnen waren parteilos, und lediglich 2,3 % wurden als Mitglieder anderer Parteien geführt.⁶²

Insgesamt belegen die vorliegenden Daten, daß die Ost-Berliner Lehrer in der Tendenz über ein höheres Qualifikationsniveau und auch ein höheres Durchschnittsalter als ihre Direktoren verfügten. Mehr als die Hälfte von ihnen waren in Angestellten- bzw. Beamtenfamilien aufgewachsen. Gleichzeitig war es die Gruppe mit einem vergleichsweise geringeren politischen Organisationsgrad.

Die Direktoren waren dagegen nach ihrer Schulbildung im Durchschnitt weniger qualifiziert, jünger und entstammten vorwiegend dem proletarischen Milieu. Zugleich waren sie in einem deutlich stärkeren Maße SED- und FDJ-Mitglieder. All dies weist darauf hin, daß bei der „Kaderauswahl“ politische und ideologische Kriterien bereits eine deutliche Rolle gespielt haben. Zumindest an der Spitze der Schulen hatten politisch „zuverlässige“ Mitarbeiter zu stehen. Sowohl die Parteimitgliedschaft als auch die soziale Herkunft sollten das garantieren.⁶³

Neben den personalpolitischen Mitteln wurde zunehmend auf „sowjetische Erfahrungen“ zurückgegriffen, um die Schulen im Sinne der machtpolitischen Interessen der SED auszurichten. Mit dem Beginn des Schuljahres 1952/53 war verstärkt zur Propagierung und Umsetzung der Sowjetpädagogik aufgerufen worden. Freundschaftsbekundungen zur Sowjetunion und zu Stalin fehlten weder bei offiziellen Ansprachen noch im Schulalltag. In den Ost-Berliner Schulen wurde bereits seit Dezember 1949 jährlich der Geburtstag Stalins, des „großen Vorkämpfers der Weltfriedensbewegung“ gefeiert.⁶⁴ Festreden, Rezitationen und Lieder wurden vorgetragen, Wandzeitungen angefertigt und Bilder aufgehängt. „Stalinecken“ hatten Einzug in die Schulen genommen, wurden auf Fotografien festgehalten und sind heute noch in der Erinnerung von Zeitzeugen lebendig. Zum Tode Stalins am 5. 3. 1953 fanden in den Schulen Trauerfeiern statt, und drei Tage später beteiligten sich die Kinder und Lehrer am Trauermarsch der Betriebe und staatlichen Einrichtungen zur Stalinallee. Immer nachdrücklicher wurden die Lehrer in diesen Wochen aufgerufen, „die führende Rolle der

⁶² Nach Angaben verschiedener Autoren und Quellen zu urteilen, lag die SED-Mitgliedschaft bei Lehrern in der SBZ/DDR insgesamt jedoch deutlich höher als in Berlin. H. Weber spricht davon, daß 1947 von den Lehrern rund 40 % in der SED waren. B. Hohlfeld bezieht sich auf P. Wandel, der 1949 von 50–60 % Parteimitgliedern sprach. Vgl. H. Weber, *Geschichte der DDR*, München 1985, S. 177; Hohlfeld, a. a. O., S. 328. Werden nach den hier vorliegenden Daten für Ost-Berlin die Gruppen der Direktoren und Lehrer zusammengefaßt, ergeben sich gerade 18,4 %. Diese Zahl scheint aber für Ost-Berlin realistisch zu sein (siehe auch Anm. 26).

⁶³ In den verschiedenen staatlichen Verlautbarungen wird immer wieder deutlich, daß man eine „reaktionäre Haltung“ mit bestimmten sozialen Schichten der Gesellschaft in Zusammenhang brachte. Die Arbeiterklasse galt als „der fortschrittliche Teil des deutschen Volkes“, und demzufolge sollten „Arbeiter- und Bauernkinder“, wie es in einer späteren Ministerratsverordnung hieß, die „künftige[n] Träger der neuen Gesellschaftsordnung“ werden. Vgl. H. Siebert, *Rechenschaftsbericht*, in: 4. Pädagogischer Kongreß, Berlin 1949, S. 20; Ministerratsverordnung zit. nach *Anweiler*, a. a. O., S. 69.

⁶⁴ Im Dezember 1949 wurden u. a. Ost-Berliner Schulkinder aufgerufen, Glückwunschbriefe zu Stalins Geburtstag vorzubereiten, die einer Delegation nach Moskau mitgegeben werden sollten. Mit propagandistischer Aufmachung wurde dann davon berichtet, wie auf dem Flughafen „ein Geschenkpaket mit Briefen von 9- bis 12jährigen Kindern“ überreicht wurde, in denen die Kinder „ihre Dankbarkeit“ gegenüber Stalin zum Ausdruck brachten. Vgl. Politisches Bandarchiv, RIAS Berlin, Bandmitschnitt.

KPdSU auf dem Gebiete der Schulpolitik und Pädagogik“ zu studieren.⁶⁵ Die Zeitschrift „Pädagogik“, Organ des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts (DPZI), veröffentlichte eine große Anzahl von Arbeiten sowjetischer Autoren, die von den Pädagogen durchzuarbeiten waren.⁶⁶ Am 15. Mai gab der Ministerrat der DDR schließlich einen Beschluß bekannt zur vollständigen Umstrukturierung der Schulformen in der DDR detailgetreu nach sowjetischem Muster. Die Lehrer an den Schulen traf es wohl relativ unerwartet, als diese „Verordnung über die Reorganisation der allgemeinbildenden Schulen“ verkündet wurde.⁶⁷ Statt der bisher bestehenden zwei Typen von Oberschulen (diese Bezeichnung führten in dieser Zeit nur die Zehnklassenschulen bzw. die zum Abitur führenden vierjährigen Oberstufen) sollte eine einheitliche dreijährige Oberschule eingeführt werden. Unterteilungen in fachbezogene „Züge“ sollten entfallen und Russisch obligatorisch als erste Fremdsprache gelten. Auch wurde die Überarbeitung aller Lehrpläne in den Grund- und Oberschulen angeordnet. Obwohl es in den Schulverwaltungen und Schulen keinerlei Vorbereitungen für diese radikale Strukturänderung gab, sollten bereits zum neuen Schuljahr die Maßnahmen umgesetzt werden.

Wie Untersuchungen zum Planungssystem der DDR zeigen, können solche „unerwarteten Reorganisationen auf eine Veränderung im politischen Gesamtsystem schließen“ lassen.⁶⁸ Zugleich belegen diese Maßnahmen auch den antidemokratischen Charakter des Systems. Das zeigte auch dieses Beispiel. Die Lehrer hatten an der Diskussion des Beschlusses weder teilnehmen können, noch wurden ihre Zweifel an der Zweckmäßigkeit der angeordneten Strukturänderungen ernstgenommen. In der deutschen Pädagogik gab es für dieses Schulmodell keine Tradition und demzufolge auch keine Erfahrungen; auch erschien den Lehrern die Zeit viel zu kurz, um allen Konsequenzen des Beschlusses Rechnung tragen zu können.

Unter dem bezeichnenden Titel „Unsere Schulen – Kaderschmieden des Sozialismus“ gab die Ministerin Else Zaisser in einem Presseartikel eine Erklärung zur eingeleiteten Strukturreform ab. Die politische Verortung der Schule als „ein Fundament der Erziehung der Jugend“ vor dem Hintergrund einer Konfrontation mit den „Feinden unserer Gesellschaft und unseres Volkes“ bestimmte im wesentlichen die Argumentationslinie der Ministerin. Die Schulen sollten genutzt werden, um auf die Entwicklung der Sozialstruktur Einfluß zu nehmen.

„Die Schaffung einer einheitlichen dreijährigen Oberstufe ... führt zu der notwendigen Verbesserung der sozialen Struktur in Lehrerkollegien sowie in der Schülerschaft der neuen Oberschule und schafft für Tausende Arbeiter- und Bauernkinder sowie für die Kinder der werktätigen Intelligenz neue, größere Möglichkeiten, auf Hochschulen und Universitäten zu studieren.“⁶⁹

Die Abteilung Volksbildung im Magistrat legte nach der Verkündung des Ministerratsbeschlusses umgehend einen „Plan zur Propagierung“ fest, der vorsah, wie Schulfunktionäre, Eltern und die Bevölkerung mit Hilfe von Konferenzen, Sitzungen und Presse mit den „Ver-

⁶⁵ G. Uhlig u. a., Zur Entwicklung des Volksbildungswesens in der DDR in den Jahren 1949–1956, Monumenta Paedagogica, Bd. XIV, Berlin 1974, S. 112.

⁶⁶ Vgl. die monatlich erscheinende Zeitschrift „Pädagogik“, 7. und 8. Jahrgang, 1952/53.

⁶⁷ Verordnung über die Reorganisation der allgemeinbildenden Schulen vom 15. 5. 1953, in: Gbl., Nr. 66 – Ausgabetag 22. 5. 1953, S. 732 f.

⁶⁸ Kiera, a. a. O., S. 52.

⁶⁹ E. Zaisser, Unsere Schulen – Kaderschmieden des Sozialismus, in: ND, 29. 5. 1953, S. 4.

ordnungen ... vertraut zu machen [sind]“.⁷⁰ Da vom Ministerium verfügt worden war, daß im Zuge der Reorganisation Inspektionen stattzufinden hätten, sah sich die Abteilung im Magistrat zunächst veranlaßt, „Argumentationen für die Maßnahmen“ zu verfassen. Diese hatten vor allem die Funktion, die umfangreichen Überprüfungen des Schulpersonals und der Schüler zu rechtfertigen.

„Durch die Änderung der Aufgabenstellung der Oberschule ergibt sich die Notwendigkeit einer Überprüfung aller Lehrer und Schüler. Nur die Schüler und Lehrer sind in der Lage an den Oberschulen zu arbeiten, die das Erziehungsziel der deutschen demokratischen Schule vollinhaltlich bejahen. Das muß in ihrem Verhalten zum Ausdruck kommen, in der Bereitschaft aktiv im Kampf unseres Volkes ... teilzunehmen ... Der Staat in der DDR ist ein Staat der Arbeiterklasse. Es gilt deshalb, konsequent bei allen Maßnahmen vom Klassenstandpunkt aus heranzugehen mit dem Ziel, insbesondere unseren Arbeiter- und Bauernkindern sowie den Kindern der Intelligenz die Möglichkeit einer qualifizierten Ausbildung zu sichern. Die Kader des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses müssen in erster Linie aus der Arbeiterklasse entwickelt werden. Das ist besonders bei der Überprüfung der Schüler und Lehrer zu beachten.“⁷¹

Im Klartext bedeutete diese Überprüfung, die übrigens direkt vom Ministerium für Volksbildung nicht nur für Berlin, sondern für alle Bezirke der DDR angeordnet wurde, folgendes: Erstens sollten nur systemnah orientierte Schüler und Lehrer an den Oberschulen verbleiben; zweitens hatte diese Systemnähe handlungsrelevant zu sein; drittens wurde ein sozialstrukturelles (in der Konsequenz allerdings politisiertes) Selektionskriterium für Bildungserwerb festgelegt. Konsequenterweise hatten Schüler und Lehrer, die diesen Kriterienkomplex nicht auf sich vereinen konnten, nichts an den Oberschulen zu suchen. Bevor man sie jedoch vom Dienst suspendieren bzw. von der Schule relegieren konnte, mußten sie erst einmal „gefunden“ werden. Dazu fanden nun an den Schulen seit Ende Mai 1953 die Inspektionen statt.⁷²

Die Ergebnisse bezeugen die Entschlossenheit des Ministeriums, eine gründliche Reorganisation vorzunehmen. Oberschüler, die der „Jungen Gemeinde“ angehörten, wurden „entfernt“. Oft mitten aus der Prüfungsarbeit herausgerissen, hatten sie von einem Tag zum anderen die Schulen zu verlassen. Lehrern wurde gekündigt, wenn ihre politische Zuverlässigkeit vom Inspekteur in Zweifel gezogen wurde oder ihr Wohnsitz im Westteil der Stadt lag. Ältere Mitarbeiter, bislang noch gebraucht, hatten wegen Erreichung der Altersgrenze plötzlich den Dienst einzustellen. Konfessionelle Kindereinrichtungen wurden unter Druck gesetzt oder gar geschlossen. Offenbar kam es dabei auch zur Konfiszierung kirchlichen Eigentums.⁷³

⁷⁰ Plan der Abteilung Volksbildung Magistrat zur Propagierung der Reorganisationsverordnung vom 20. 5. 1953, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 137, S. 138 f., S. 157 f.

⁷¹ Argumentation für die Maßnahmen zur Reorganisation der Schulen von der Abteilung Volksbildung Magistrat vom 16. 5. 1953, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 2267, S. 6 f.

⁷² Aus einem vertraulichen Schreiben des Abteilungsleiters Volksbildung im Berliner Magistrat vom 11. 6. 1953 geht hervor, daß die vom Ministerium für Volksbildung angeordneten Inspektionen einschließlich der Folgemaßnahmen mit dem ZK der SED abgesprochen worden sind. Die Berliner Abteilung Volksbildung hatte zusätzlich die Bezirksleitung der SED konsultiert und dort Absprachen u.a. zur Formulierung der Entlassungsgründe getroffen. Vgl. Brief des Abteilungsleiters Volksbildung an die Kulturredaktion des „Neuen Deutschland“, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 226, S. 7 ff.

⁷³ Der Berichterstattung über das Zurücknehmen von Maßnahmen nach Verkündung des „Neuen Kurses“ kann entnommen werden, welche Schritte im Vorfeld veranlaßt wurden und wie sie umgesetzt

Die beschriebenen rigorosen Maßnahmen ereigneten sich vor dem Hintergrund einer immer deutlicher werdenden gesamtgesellschaftlichen Krise. Die Verbitterung unter der Bevölkerung wuchs und die Unruhe nahm merklich zu.⁷⁴ Währenddessen liefen Gespräche zwischen den Staatsführungen Moskaus und Ost-Berlins. Die nach Stalins Tod eingesetzte neue sowjetische Führung war ganz offensichtlich über die politische Situation in der DDR beunruhigt gewesen und hatte die Krisensymptome durchaus ernstgenommen. Seit Ende Mai/Anfang Juni 1953 drängte sie die SED-Spitze zur Kurskorrektur, woraufhin am 9. Juni vom Politbüro ein Neuer Kurs verkündet wurde. Die Parteiführung der DDR hatte einschwenken müssen: Ein großer Teil der restriktiven Maßnahmen wurde zurückgenommen; nur bei den Normenerhöhungen sollte es keine Abstriche geben.

Das Volksbildungsministerium vollzog diesen Kurswechsel in seinem Zuständigkeitsbereich vollständig nach. Am 15. 6. erging ein Schreiben der Ministerin Zaisser an die Abteilung Volksbildung des Magistrats, das eine sieben Maßnahmen umfassende Anordnung enthielt. Danach konnten alle in den letzten Wochen entfernten Oberschüler durch „verständnissvolle Maßnahmen in das schulische und gesellschaftliche Leben wieder eingegliedert werden“.⁷⁵ Befähigte Kinder der Intelligenz und der Mittelschichten, deren Bewerbungen um einen Oberschulplatz abgelehnt worden waren, sollten nun eine Zusage erhalten. Kündigungen und Versetzungen wurden rückgängig gemacht und „republikflüchtige“ Oberschüler nach Rückkehr in die DDR auch wieder in ihren Schulen aufgenommen. Die Maßnahmen gegen kirchliche Einrichtungen waren einzustellen, Eigentum war zurückzugeben, und der Religionsunterricht sollte wieder „nach dem Schulgesetz“ durchgeführt werden. Auch die von der Ministerin bis dahin so vehement betriebene „Reorganisation der Schulen“ sollte abgebrochen werden.⁷⁶ Eine Woche später verschickte die Ministerin an die Verwaltungen ein entsprechendes Fernschreiben, das im einzelnen regelte, wie die begonnene Umstrukturierung der Oberschulen rückgängig zu machen ist.⁷⁷

Man kann sich vorstellen, daß eine solche Kehrtwendung nicht ohne Irritationen bei der

worden sind. Vgl. Bericht „Über die Arbeit der Abteilung Volksbildung in den Tagen vom 17. Juni“, a. a. O., S. 2 f., Schreiben des Ministeriums für Volksbildung an Abteilung Volksbildung Magistrat vom 15. 6. 1953, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 226, S. 13 f.

⁷⁴ Vgl. *M. Hagen*, DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1992, besonders den Abschnitt ‚Winterkrise 1952/53, Stimmungsbildung und Vorboten‘, (S. 24–31).

⁷⁵ Schreiben des Ministeriums für Volksbildung an Abteilung Volksbildung Magistrat vom 15. 6. 1953, a. a. O. Nach Angaben der Akten wurden zwischen Ende Mai und 15. Juni 1953 in Berlin lediglich 17 Oberschüler relegiert. Im Vergleich dazu wurden z. B. in Brandenburg allein 73 Mitglieder der Jungen Gemeinde von den Oberschulen verwiesen. Jedoch geht aus einer Notiz des Abteilungsleiters Volksbildung im Berliner Magistrat hervor, daß weit mehr Schüler zur Relegierung vorgesehen waren. Der Ausschluß sollte am 20. 6. beschlossen werden. Die Schulverwaltung und die Schulen befanden sich noch inmitten der „Säuberungsaktion“, so daß, wie der Abteilungsleiter später schrieb, „die geringe Zahl der ausgeschlossenen Schüler ... darauf zurückzuführen [ist], daß die Überprüfung der Oberschulen nicht abgeschlossen war.“ Vgl. Gesamtüberblick über die Lage an den Berliner Schulen vom 20. 6. 1953, Abteilung Volksbildung Magistrat, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 2247, S. 20. Angaben zu Brandenburg vgl. Bericht über Dienstreise im Auftrag des Ministeriums für Volksbildung nach Brandenburg vom 29. 6. 1953, in: DIPF. BBF/Archiv. APWA. Sign.: 495, o. S.

⁷⁶ Schreiben der Abteilung Volksbildung Magistrat vom 14. 7. 1953, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 226, S. 2 ff.; Maßnahmenplan des stellvertretenden Oberbürgermeisters H. Fechner vom 17. 6. 1953, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 1216, S. 245 f.

⁷⁷ Zum Wortlaut des Fernschreibens vom 23. 6. 1953 vgl. LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 137, S. 185 f.

Schulbehörde, den Lehrern und nicht zuletzt auch bei den Schülern und ihren Eltern aufgenommen worden ist. Wenn zum Beispiel die erst kurz zuvor als „Angehörige einer staatsfeindlichen Organisation“ relegierten Junge Gemeinde-Mitglieder plötzlich nicht mehr als „Verbrecher und Agenten“ galten, so wird das bei ihnen vielleicht ähnliche Verwunderung ausgelöst haben wie bei den „aktivsten FDJlern“, die „mit ehrlicher Leidenschaft“ die Entlassung ihrer Klassenkameraden unterstützt hatten und nun nicht einsehen wollten, daß heute „alles falsch sein soll“.⁷⁸

Die unvermutete Wendung und die Vielzahl der zu korrigierenden Maßnahmen stifteten also eher Verwirrung, als daß sie zur Beruhigung beitrugen.⁷⁹ So war trotz der Konzessionen, die die Staatsführung eingegangen war, keine grundlegende Entspannung der Situation eingetreten. Eine Zuspitzung der Krise konnte nicht mehr abgewendet werden, zu groß war die Unzufriedenheit der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und zu instabil das Herrschaftssystem geworden.

Am 17. Juni 1953 brach eine Protestbewegung aus, deren Auslöser und Kern vor allem die Arbeiter waren. Aber auch andere soziale Gruppen schlossen sich der Erhebung an und bekundeten ihre politische Sympathie mit den Streikenden und Demonstranten.

Es ist heute noch nicht möglich, ein abschließendes Urteil über die Rolle der Intelligenz während der Juniereignisse zu treffen.⁸⁰ Die Recherchen zum Umfeld des 17. 6. an den Ost-Berliner Schulen sowie die Reaktionen der Schulverwaltung und des Ministeriums zeigen jedoch, daß Instrumentalisierungsabsichten auf Grenzen stießen und es neben den vielen Protagonisten des Systems immer auch Lehrer und Schüler gab, die den politischen Zwecksetzungen widerstanden und dies im Juni 1953 auch zum Ausdruck brachten.

Der Tag X – die „Bewährungsprobe“

„Am 17. Juni hat auch die deutsche demokratische Schule eine Bewährungsprobe bestanden. Genauso wie sich in vielen großen Betrieben Arbeiterwehren bildeten, organisierten zahlreiche Lehrerkollegien und Schüler die Verteidigung ihrer Schule. Die Arbeit wurde fortgesetzt. Vereinzelt nur sind die Beispiele, wo es Provokateuren gelang, Unruhe in die Schulen zu tragen und Lehrer und Schüler zur Teilnahme an den Provokationen zu veranlassen. Dennoch wurden manche Agenten, die sich unter der Maske eines demokratischen Lehrers in unsere Schulen eingeschlichen hatten, in diesen Tagen entlarvt. Es gab auch Schwankende Wenn auch festgestellt werden muß, daß die überwiegende Mehrheit unserer Lehrer treu zur Sache der Republik stand, so muß man doch bemerken, daß sich ... eine starke Zurückhaltung bei sehr vielen Lehrern zeigte. An Stelle von kämpferischen Diskussionen und einer klaren und eindeutigen Parteinahme gegen die Provokateure wurde manchmal eine abwartende und schwankende Haltung eingenommen.“

⁷⁸ Auf Veranlassung des Ministeriums für Volksbildung wurden Mitarbeiter des DPZI in verschiedene Städte der DDR gesandt, um „die gegenwärtige Lage an den Schulen zu beurteilen.“ Ihr am 29. 6. 1953 ausgefertigter Bericht zur Situation in Brandenburg gibt auch zahlreiche Äußerungen der Beteiligten vor Ort wieder, u. a. auch die im Text zitierten Stimmungen und Einschätzungen. Vgl. DIPF. BBF/Archiv. APWA. Sign.: 495, o. S.

⁷⁹ Hagen, a. a. O., S. 34.

⁸⁰ Staritz, Geschichte der DDR, S. 78–95; Spittmann/Fricke, a. a. O., S. 23–55; T. Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991; A. Huschner, Der 17. Juni 1953 an den Universitäten und Hochschulen, in: BzG 33, 1991, S. 681–692.

Soweit die im August 1953 veröffentlichte Einschätzung der zuständigen Ministerin Else Zaisser, die in die Feststellung mündete, „daß auch auf dem Gebiete der Schulpolitik die Generallinie richtig war und bleibt.“⁸¹

Wie aber beurteilten die Lehrer die Situation, und wie verhielten sie sich in diesen Tagen?

Am 17. Juni waren zunächst noch alle Schulen in Betrieb, und scheinbar bestimmten die üblichen Aktivitäten des auslaufenden Schuljahres das Bild. In den meisten Schulen wurden seit 8.00 Uhr morgens die Abschlußprüfungen abgehalten, lediglich im Fach Gegenwarts-kunde waren sie kurzfristig abgesetzt worden. Obwohl alle ihre Arbeit taten, machte sich dennoch eine spürbare Unruhe breit: besorgte Eltern kamen im Verlauf des Vormittags in die Schulen, diskutierten mit den Prüfern und wollten ihre Kinder nach Hause holen. Die Lehrer versuchten vielfach, die äußerliche Ordnung aufrechtzuerhalten und die Kinder in den Schulen zu belassen. Manch einer von ihnen brach den Schultag jedoch kurzerhand ab, schickte seine Schüler nach Hause und lief so Gefahr, sich dafür schon am nächsten Tag der Kritik der Schulverwaltung auszusetzen. Wenn irgendmöglich, so orientierte die Behörde, sollte der „normale“ Schulbetrieb unbeirrt weiterlaufen.⁸² Der Nachmittagsunterricht, in vielen Schulen noch üblich, mußte dann allerdings ausfallen. Verkehrsmittel fuhren nicht mehr, und Lehrer mit weiten Anfahrtswegen erreichten ihre Arbeitsplätze nicht. Am Folgetag hatten Schüler wie Lehrer jedoch wieder an ihren Plätzen zu stehen. Diesen Eindruck, daß schnell wieder „Normalität“ hergestellt werden sollte, hatten auch verschiedene Lehrer, die nach ihren Erinnerungen an die Junitage befragt wurden.⁸³

Herr L. B., der 1953 in der 1. Grundschule in Berlin-Mitte unterrichtete, erzählte, daß unmittelbar nach dem 17. Juni bis auf wenige Ausnahmen die Schüler und Lehrer zum Unterricht erschienen und die Schulleitung bemüht war, äußerlich wieder alles „nach Plan“ laufen zu lassen.⁸⁴ Diejenigen, die an diesem Tag nicht erschienen, mußten in ihren Wohnungen aufgesucht werden. Die Direktorin, eine „überzeugte Genossin“, hatte mit der Parteigruppe „aus Angst“ die Nacht in der Schule verbracht, nachdem „die Genossen“ sich schon seit dem Nachmittag „unterm Dach in einer Kammer“ eingeschlossen hatten. L. B., selbst parteilos, hatte zu den SED-Mitgliedern keinen rechten Kontakt und besprach die Ereignisse nur mit wenigen Kollegen. Schon damals empfand er den 17. Juni als einen „ganz bedeutenden Tag“ und hat deshalb auch verschiedene Dokumente und Schriftstücke aus dieser Zeit aufbewahrt. U. a. besitzt er noch das Protokoll einer außerordentlichen Sitzung des „Pädagogischen Rates“, der zur „Auswertung des 17. Juni“ einberufen worden war.⁸⁵ Diese Sitzung, an der Lehrer und Elternvertreter teilnahmen, fand am 25. 6. in den Räumen der Schule statt.

⁸¹ Der 17. Juni – eine Bewährungsprobe auch für unsere Schule. Rechenschaftsbericht *E. Zaisser*s auf der Zentralen Konferenz des Ministeriums für Volksbildung zur Vorbereitung des neuen Schuljahres, in: *Die neue Schule* 8, 1953, S. 6.

⁸² Lagebericht Abteilungen Volksbildung, Kunst und kulturelle Massarbeit und Komitee für Körperkultur und Sport, Magistrat von Berlin vom 17. 6. 1953, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 2247, S. 18, S. 51.

⁸³ Im nachstehenden Teil werden Ausschnitte von Interviews mit einem Lehrer und zwei Lehrerinnen wiedergegeben, die neben anderen im Rahmen des o. g. Projektes geführt wurden. Alle drei Pädagogen unterrichteten 1953 an Schulen Ost-Berlins und haben dort den 17. Juni erlebt. Das vollständige Interviewmaterial wird erst in einer späteren Arbeit systematisch ausgewertet und vorgestellt.

⁸⁴ Herr L. B., Jahrgang 1929, unterrichtete Physik, Chemie und Biologie. Aus gesundheitlichen Gründen mußte er bereits 1979 den Lehrerberuf aufgeben. Heute arbeitet er noch für einige Stunden in einem Berliner Schulamt. Herr L. B. wurde im Februar 1993 interviewt.

⁸⁵ Protokoll der Tagung des Pädagogischen Rates vom 25. 6. 1953, S. 1–3. Kopie bei der Autorin.

Hier wurde die „Linie“ verkündet, erzählte Herr L. B. Die Sitzung begann mit einer Erklärung der Direktorin, in der sie Fehler und Versäumnisse der Regierung einräumte; nun würde aber „der richtige Weg eingeschlagen.“ Anschließend forderte sie die versammelten Lehrer und Elternvertreter zur Meinungsäußerung auf. „Es sei ja sehr gut und schön, daß man die Fehler erkennt, aber leider etwas zu spät“, bemerkte ein Mitglied des Elternausschusses. Mehrere der Versammelten waren sich – laut Protokoll – darüber einig, „daß die Organisation der Werktätigen, der FDGB, ein Versager vor und ... auch nach den Ereignissen war und ist.“ Auch auf die Volkspolizisten waren die Anwesenden nicht gut zu sprechen. Diese benähmen sich in der Öffentlichkeit oftmals unmöglich und seien zuweilen vor Trunkenheit „kaum Herr ihrer Sinne“. An den Kontrollpunkten zur Grenze in die DDR fielen sie durch unhöfliches Verhalten und Faulheit auf, so daß die Kontrollen viel zu lange dauerten. Außerdem hätte die Regierung „im 5-Jahrplan für das Jahr 1952“ HO-Preissenkungen versprochen. „Weder Presse noch Rundfunk haben sich dazu geäußert“, warum das nicht eingehalten worden sei. Noch weitere Probleme wurden angesprochen, z. B. die unzureichende Zahl von FDGB-Ferienplätzen oder die prekäre Wohnungssituation. Herr B. schätzt aus der Erinnerung heute ein, daß die damalige Kritik jedoch nicht deutlich politisch oder grundsätzlich war. Jeder wußte genau, wie weit er gehen konnte, und im Grunde glaubte keiner so recht an einen wirklichen Kurswechsel.

Wie an der 1. Grundschule im Stadtbezirk Mitte wurden in diesen Tagen an allen Schulen Fehlende genau registriert und weitergemeldet.⁸⁶ Wenn keine Entschuldigungen vorlagen, mußte nach den Betreffenden gesucht und ihr Erscheinen veranlaßt werden.⁸⁷ Bei einigen Lehrern stellte sich heraus, daß sie sich nach West-Berlin abgesetzt hatten, auch manche Schüler gingen mit ihren Eltern diesen Weg. Etwa je 10 % der Lehrer und Schüler fehlten in den Folgetagen, im Bezirk Mitte und Prenzlauer Berg sogar 20–30 %.⁸⁸ Am 20. Juni vermeldete der seit dem 18. Juni angeordnete tägliche Lagebericht 129 fehlende Lehrer und 7686 fehlende Schüler. In allen Stadtbezirken kam es in diesen Tagen zu „Vorfällen“, die offenbar zum großen Teil auch registriert und „nach oben“ gemeldet wurden. Die Berichte geben minutiös darüber Auskunft, an welcher Schule welcher Lehrer oder Schüler „auffällig“ wurde. Aus Treptow und Friedrichshain wurden Lehrer gemeldet, die ihre Solidarität mit den Streikenden bekundet hatten und die Schüler mit der Begründung nach Hause schickten, „den Arbeitern nicht in den Rücken fallen zu wollen.“ Lichtenberger Kollegen meinten, daß die „Erregungen der Arbeiter“ und nicht Provokateure zu den Streiks geführt hätten.⁸⁹

Frau K. L., bereits seit 1945 als Lehrerin tätig, unterrichtete 1953 in einer Lichtenberger Schule. Nach ihren Erlebnissen und Eindrücken befragt, assoziierte sie damit vor allem die Gespräche im Freundes- und Familienkreis. Dort wurde heftig über die Ursachen der Erhebung diskutiert, an die Version von den „Hintermännern und Drahtziehern“ habe niemand geglaubt; aber sicher hätten „die in den Medien drüben immer noch eins drauf getan.“ Im

⁸⁶ Bericht über die Lage an den Berliner Schulen der Abteilung Volksbildung Magistrat vom 20. 6. 1953, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 2247, S. 22.

⁸⁷ Als „Persönlich, Vertraulich“ gekennzeichnetes Schreiben der Abteilung Volksbildung Magistrat an das Ministerium für Volksbildung vom 19. 6. 1953 über die „Situation an den Berliner Schulen“, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 226, S. 16.

⁸⁸ Analyse über die Entstehung, die Entwicklung und den Zusammenbruch des faschistischen Abenteuers in Berlin (Punkt 11: Verhalten der Intelligenz) vom 24. 6. 1953, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 2247, S. 7 f.; Gesamtüberblick über die Lage, a. a. O., S. 17.

⁸⁹ Ebenda, S. 19; Bericht über die Lage, a. a. O., S. 21 f.

Kollegium hätte es allerdings nach ihrer Erinnerung keine „großen Diskussionen“ gegeben, sie konnte sich auch an keine Vorfälle erinnern.⁹⁰

Aus Köpenick vermeldete ein für die Ost-Berliner Schulverwaltung erstellter Lagebericht, daß ein Direktor öffentlich die Streiks begrüßt habe und Schüler dieses Bezirks den Demonstranten gefolgt waren.⁹¹ Frau N. N., die einzige interviewte Geschichtslehrerin, war 1953 in Köpenick angestellt. Nur zögerlich gab sie Auskunft über die Reaktionen an ihrer Schule. Deutlich hatte sie aber noch vor Augen, wie die Arbeiter sich aus den umliegenden Betrieben zu Demonstrationszügen zusammenfanden, am Schulgebäude vorbeizogen und riefen „Schließt Euch an!“; sie selbst hätte aber viel zu viel Angst gehabt und „wußte auch nicht so recht, wem man glauben solle“.⁹²

An einer anderen Köpenicker Schule nutzten Lehrer die Gelegenheit und brachten ihre Vorbehalte gegenüber der FDJ zum Ausdruck; einem weiteren Kollegium bescheinigte der erwähnte Lagebericht eine politisch „unklare Haltung“. Kinder aus Weißensee hatten eine Losung an das Schulgebäude gehängt, mit der sie zur Unterstützung der Streiks aufriefen. Ein Lehrer äußerte: „Für solche Deutsch-Sowjetische-Freundschaft, die wir hier erleben, danke ich.“ Ein Schüler aus dem gleichen Bezirk, der sich am Potsdamer Platz aufhielt, wurde lebensgefährlich verletzt. Im Stadtbezirk Mitte wurde von der Volkspolizei sogar ein Schüler erschossen, der sich inmitten eines „randalierenden Haufens“ an der Ecke Bernauer-/Brunnenstraße befunden hätte. Ein weiterer Schüler, aus der 18. Schule, kam ebenfalls ums Leben; auch er wurde erschossen.⁹³ Einige Schüler, die durch die Straßen zogen, wurden verhaftet. Lehrer des traditionsreichen und aufgrund seiner Geschichte und sozialen Zusammensetzung besonders beargwöhnten „Grauen Klosters“ erhielten von der Parteileitung ihrer Schule die Aufforderung, ein Telegramm an die Regierung zu schicken und ihr Vertrauen zum Ausdruck zu bringen. Die Abfuhr war offenbar energisch genug: außer dem Direktor und seinem Stellvertreter unterschrieben nur noch der FDJ-Sekretär und zwei weitere Lehrer. Empört äußerten einige Mitarbeiter, „sie seien nicht gefragt worden, als es darum ging Schüler auszuschließen und Lehrer zu kündigen. Man solle sie jetzt also nicht fragen, ob sie das Vertrauen zur Regierung hätten.“⁹⁴ Ebenfalls am 17. 6. schrieb die Direktorin einer Grundschule im gleichen Bezirk in ihr Protokollbuch: „In 6b schrieb A. W. an die Tafel: ‚Wir wollen keine Sklaven sein. Wir wollen uns mit den Bauarbeitern solidarisch erklären‘ ... In 7b wurde ebenfalls etwas an die Tafel geschrieben: ‚Wir wollen keine Russen werden. Wir fordern den Generalstreik.‘“⁹⁵

Auch in anderen Stadtbezirken tauchten Losungen auf, entweder in den Schulgebäuden

⁹⁰ Frau K. L., Jahrgang 1920, wurde im November 1992 interviewt. Bis zu ihrer Invalidisierung 1978 arbeitete sie als Lehrerin. Heute lebt sie, wie alle Interviewpartner, im Ostteil Berlins. Sie unterrichtete in den Fächern Deutsch und Musik; einer Partei hatte sie nicht angehört.

⁹¹ Gesamtüberblick über die Lage, a. a. O., S. 18; Bericht über die Lage, a. a. O., S. 21.

⁹² Frau N. N., Jahrgang 1931, war seit 1951 im Schuldienst beschäftigt gewesen. Sie war Lehrerin für Deutsch und Geschichte, erteilte aber vorwiegend Geschichtsunterricht. 1960 trat Frau N. der SED bei. Heute ist sie im Vorruhestand.

⁹³ Gesamtüberblick über die Lage, a. a. O., S. 18 ff.

⁹⁴ Als „Persönlich, Vertraulich“ gekennzeichnetes Schreiben, a. a. O., S. 16.

⁹⁵ Nach Angaben von L. Niethammer zogen am 17. 6. die Bitterfelder Belegschaften der drei großen Chemiewerke unter dem Slogan „Wir wollen keine Sklaven sein, Kollegen reiht Euch ein!“ durch die Stadt. Wenn ein Berliner Schüler am Vormittag des gleichen Tages einen Teil dieser Losung an die Schultafel schrieb, ist das sicher kein Zufall. Offenbar „ging“ dieser Ruf auch durch die Berliner Bevölkerung. Vgl. L. Niethammer u. a., Die volkseigene Erfahrung, Berlin 1991, S. 54 f.

auf Tafeln geschrieben oder als Transparente aus den Fenstern gehängt. Im Stadtbezirk Prenzlauer Berg trat eine Lehrerin aus Empörung aus der FDJ aus, und einige Schüler verließen die Pionierorganisation. An vielen Schulen wurden Symbole der Staatsmacht vernichtet oder bloßgestellt. Bilder „führender Persönlichkeiten“ wurden in Papierkörbe gesteckt, von den Wänden gerissen oder kurzerhand aus dem Fenster geworfen.⁹⁶

Zusammengefaßt zeigen die vorliegenden Lage- und Stimmungsberichte und auch die Erinnerungen der Zeitzeugen recht anschaulich, daß die Schulen nicht außerhalb der Ereignisse standen. Die Schulverwaltungen waren ängstlich darum bemüht, für Ruhe zu sorgen und Störungen zu verhindern, wenn sie politischen Charakter annahmen. Trotzdem äußerten nicht wenige Lehrer ihre Unzufriedenheit und Empörung, es gab Proteste und Verweigerungen unter ihnen. Der Kern ihrer Kritik betraf zumeist die administrative Gängelei durch Schulbehörden und die unsinnigen Verwaltungsarbeiten. Die wie „Geheimaktionen“ im Vormonat ausgeführten Inspektionen hatten für große Unruhe gesorgt. Unzureichende Lebensbedingungen auch der Lehrer standen in einem eklatanten Widerspruch zu den propagandistischen Verlautbarungen über den „Aufbau des Sozialismus“. Soweit Kritik vorgebracht wurde, besaß sie jedoch nur in Ausnahmefällen offen politischen Charakter. Nur sehr vereinzelt kam es unter der Lehrerschaft zu systemkritischen Äußerungen oder gar zu aktiven Solidaritätsbeweisen mit den Streikenden und Demonstranten. Die meisten Lehrer gingen aber offensichtlich weiter unauffällig ihrer Arbeit nach und hielten sich abseits. In diesem Sinne scheint die Einschätzung der zentralen Schulbehörde zuzutreffen, wonach die Lehrer „in großem Maße pflichttreu ihren Dienst versahen, aber in den wenigsten Fällen parteilich Stellung nahmen, ja, sich sehr abwartend, objektivistisch und heraushaltend verhielten.“⁹⁷

Die Zugeständnisse, zu denen es in der Folge des „Neuen Kurses“ und des 17. Juni 1953 kam, hatten jedoch nur kurzfristigen Bestand. Schon in den Sommermonaten wurden Lehrer und Schüler wieder auf die rigide Parteilinie ausgerichtet. Von Befürwortern der Streiks und Demonstrationen konnte man in diesen Wochen reumütige Schulbekenntnisse lesen; manch anderer sah sich veranlaßt, in scharfem Ton seine parteiliche Haltung zum Ausdruck zu bringen. Wertet man die wenigen Zeitungsveröffentlichungen in den Folgewochen als Indiz einer öffentlichen Auseinandersetzung mit den Juniereignissen, liegt der Schluß nahe, daß eine solche Auswertung nicht oder nur sehr begrenzt stattgefunden hat.⁹⁸ Selbst auf der Ebene von Ministerium und örtlicher Schulverwaltung in Berlin scheint es keine ernstzunehmenden Analysen über die sozialen und politischen Hintergründe des 17. Juni im Hinblick auf das Bildungswesen gegeben zu haben.⁹⁹ In einem DDR-Geschichtslehrbuch erschien der

⁹⁶ Schreiben des Referats Kader vom 22. 6. 1953, Situationsbericht Prenzlauer Berg, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 226, S. 84f.

⁹⁷ Analyse über die Entstehung, a. a. O., S. 8.

⁹⁸ Ausgewertet wurde die Tageszeitung „Junge Welt“ (Monate Juni bis August 1953) und die Zeitschrift „Die neue Schule“ (Jahrgang 1953). Die „Junge Welt“ hatte unter dem Motto „Kenne Deine Feinde“ eine eigene Rubrik eingerichtet, u. a. auch um die sogenannten Hintermänner und Provokateure des Tages X zu entlarven.

⁹⁹ Dieser Eindruck entsteht, wenn man sich aus den entsprechenden Monaten die Sitzungsprotokolle der Beratungen der Abteilung Volksbildung mit den Abteilungsleitern der Stadtbezirke, die Protokolle der Dienstbesprechungen beim für Bildung zuständigen stellvertretenden Oberbürgermeister und die dort enthaltenen Hinweise auf die Abteilungsleitersitzungen im Ministerium ansieht. Die Ereignisse des 17. Juni waren nur äußerst marginal Gegenstand der dort behandelten Themen. Vgl. Beratungen der Abteilung Volksbildung Magistrat mit den Abteilungsleitern der Stadtbezirke, Bd. 1, 1953–1956, in: LAB (STA) Volksbildung Rep. 120, Nr. 2475; Dienstbesprechungen 1953–1955, in: LAB (STA) Volksbildung, Rep. 120, Nr. 1971. Eine ähnliche Einschätzung bei C. Kasper, Politische Bildung und

17. Juni überhaupt erst 1960, freilich in offizieller Lesart als „faschistischer Putsch“, ausgeführt von „Rowdies aus halbfaschistischen Organisationen, arbeitsscheuen und kriminellen Elementen“.¹⁰⁰ Nach Aussage des Lehrers L. B. war er allerdings ein Moment der Hoffnung, wenn auch, wie schon das nächste Schuljahr zeigen sollte, nur kurz und ernüchternd.

Resümee

Die Vorgeschichte der DDR seit 1947 zeigt, daß die SED bereits vor der Staatskonstituierung begonnen hatte, die gesellschaftlichen Strukturen nach dem sowjetischem Modell umzuformen, um so die Grundlagen ihrer diktatorischen Macht zu legen. Das trifft auch auf das staatliche Erziehungssystem zu. Sowohl in der schulkonzeptionellen Diskussion als auch bei Entscheidungen über die strukturelle Entwicklung des Schulsystems konnte die SED-Führung zwischen 1947 und 1949, der Zeit der „gesellschafts- und schulpolitischen Tendenzwende“, ihre Vormachtstellung ausbauen. Dahinter stand die politische Absicht der SED, sich bei der geplanten radikalen gesellschaftlichen Umgestaltung vor allem auch der staatlichen Erziehungseinrichtungen zu bedienen. Dazu war es nötig, das Bildungswesen selbst in seiner Organisationsstruktur, seinen Bildungsinhalten und seiner personellen Besetzung umzuformen. Dieser Strukturwandel gewann nach der Verkündung des „Aufbaus des Sozialismus“ 1952 eine neue Dynamik und führte zur endgültigen Dominanz der SED auch im staatlichen Erziehungswesen.

Die gesellschaftliche Krise im Vorfeld des 17. Juni 1953 und schließlich die Erhebung selbst setzten dem Stalinisierungsschub ein vorläufiges Ende und verhinderten personalpolitische Sanktionen an den Schulen und die radikale Reorganisation des Schulsystems.

Das ausgewählte Fallbeispiel konnte durch den Blick auf die Forderungen des Volksbildungsministeriums, die institutionell vermittelnde Schulbehörde und schließlich auf die Schulen selbst aufzeigen, wo Brüche zwischen Intentionen einerseits und Erziehungs- und Sozialisationswirkungen andererseits anzunehmen und weiter zu untersuchen sind.

Erziehung an den allgemeinbildenden Pflichtschulen der DDR im Zeitraum von 1945 bis zur Mitte der 50er Jahre, Diss. Berlin 1991, S. 110 f.

¹⁰⁰ Vgl. Lehrbuch für Geschichte der 10. Klasse der Oberschule, Abschnitt C, 1950 bis zur Gegenwart, Berlin 1960, S. 316–318.